

# politicus

Das Magazin für Politik und Gesellschaft // Ausgabe 1/2024

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

EUROPA  
WAS SONST?

## FOKUS

Nur gemeinsam sind wir stark –  
Politische Herausforderungen meistern

## IM INTERVIEW

Markus Ferber über EU-Erweiterung,  
Asylpolitik und Friedensprojekte

«Dieses **Europa**  
hat ein gemeinsames  
Schicksal und  
eine gemeinsame  
Zukunft. Was liegt  
näher, als dass es zu  
einer gemeinsamen  
Politik kommen  
muss?»

Quelle: <https://gutezitate.com/zitate/europa/2>

Franz Josef Strauß, 1915 - 1988

# S

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das vor uns liegende Wahljahr 2024 wird für Europa ein Jahr der großen politischen Herausforderungen und Weichenstellungen – in vielerlei Hinsicht. Dabei geht es neben den weltpolitischen Fragen, dem Krieg in der Ukraine oder den Terrorattacken gegen Israel vor allem um die Reformfähigkeit der Union. Um die EU fit zu machen für den globalen Wettbewerb der Zukunft, bedarf es weiterer Schritte der Integration und der Erweiterung. Positive Entwicklungen gab es in den vergangenen Wochen: Vor Weihnachten wurde ein erster Schritt mit dem Erweiterungspaket, allen voran die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine, beschlossen. Aber ohne parallel dazu verlaufende institutionelle Reformen, wie die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip, wird es nicht gehen. Beim zweiten großen Thema, das die Europawahlen dominieren wird, die Migration, bestehen nach der Einigung vor Jahresende gute Aussichten, dass der neue Asyl- und Migrationspakt vor den Wahlen rechtzeitig verabschiedet wird.



**Markus Ferber, MdEP**

Aber all das reicht nicht, um die EU in einer fragmentierten Welt der Krisen und Konflikte resilient zu machen. Es müssen die richtigen politischen Weichenstellungen in den nächsten fünf Jahren durch eine neue Kommission folgen – zu mehr Integration, vor allem in den Bereichen Energie, Verteidigung, Klimaschutz und Binnenmarkt. Positiv stimmt mich, dass bei den Europawahlen im Juni aller Voraussicht nach die bürgerliche Mitte, die Europäische Volkspartei, wieder die größte Fraktion bilden wird. Denn sie steht für die geschilderte Integrationspolitik. Ohne sie bleibt Europa unvollendet und droht marginalisiert zu werden. Deshalb wollen wir mit dieser Ausgabe des „politicus“ für ein Europa geeint in der Vielfalt werben.

**Ihr Markus Ferber, MdEP**

Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung

# HSS SCHWERPUNKT

## EUROPA, WAS SONST?

**6** **Einführender Beitrag**  
Die Europäische Union – Gemeinschaft des Friedens und der Freiheit



**26** **Interview**  
Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender der HSS, blickt auf Europa



**38** **Reportage**  
Wo Europa miteinander gelebt wird



## WEITERES

**50** **Denkanstoß**  
Vertrauen ist gut, Regulierung tut not – Wie wird Künstliche Intelligenz vertrauenswürdig?

**52** **Politik von außen betrachtet**  
Mehr Geld für die Verteidigung

**56** **Pro & Contra**  
Asylzentren in Drittstaaten – sinnvoll oder nicht?

**58** **Was macht eigentlich ...**  
Edmund Stoiber

**60** **Parlamentarier online**

**62** **Rezensionen**

**64** **Damals**  
Vor 22 Jahren: Frühstück in Wolfratshausen

**68** **Zu guter Letzt**  
Die Zukunft der Altersvorsorge in Deutschland

**70** **Impressum**

**12** **Perspektive 1**  
Geopolitische Herausforderungen der Europäischen Union

**18** **Perspektive 2**  
Alles beim Alten?  
Die Zukunft des bürgerlichen Lagers

**22** **Perspektive 3**  
Die Ukraine ist Europa

**32** **Blick in die Welt**  
Amerikas Europapolitik im Wandel



**36** **Kommentar**  
EU-Beitritt für den Westbalkan?

# DIE EURO PÄISSCHE UNION



**Professor Dr. Gregor Kirchhof, LL.M. (Notre Dame)**, ist seit 2012 Professor für Öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht sowie Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht an der Universität Augsburg.

Gregor Kirchhof ist unter anderem Mitglied des Vorstands der Münchner Europa Konferenz, des Vorstands des Wirtschaftsbeirats der Union, des wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft und des Strategischen Beirats des Verbandes „Die Familienunternehmer“.

Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Verfassungsrecht, im Finanz- und Steuerrecht, im Öffentlichen Wirtschaftsrecht und in den Grundlagen der Europäischen Union.

## Gemeinschaft des Friedens und der Freiheit

# #zeitenwende

## D

**Die gegenwärtige Wendezeit ist durch große Herausforderungen, aber auch durch Chancen gekennzeichnet. Die Europäische Union wird gestärkt aus der Zeitenwende hervorgehen, wenn sie ihre Paradigmen wieder stärker durchsetzt.**

Gegenwärtig erleben wir in Europa und in den internationalen Beziehungen eine Zeitenwende. Insbesondere im Ukrainekrieg, dem neu entflammten Nahostkonflikt und auch im Bereich der Digitalisierung rückt dabei die Sicherheit in den Vordergrund.

Doch greift die Zeitenwende deutlich über diese grundlegende Staatsaufgabe hinaus. Der Klimawandel ist zu bremsen und in seinen Folgen zu bewältigen. Hinzu treten Fragen nach Flucht und Vertreibung, der Digitalisierung und des demographischen Wandels. Weitere Beispiele ließen sich nennen. Angesichts dieser Herausforderungen mag eine gewisse Skepsis bestehen, ob Deutschland und die Europäische Union gestärkt aus der Zeitenwende hervorgehen werden. Doch bieten Wendezeiten auch große Chancen.

**Weichenstellung in Wendezeiten**

Deutschland hat nach der grausamen Zeit des Zweiten Weltkriegs nicht gezögert, sondern entschlossen den Weg in den Westen eingeschlagen und so eine Erfolgsgeschichte begonnen. Später waren es die Menschen im Osten Deutschlands, die in historischer Weitsicht Leib und Leben riskierten, um eine friedliche Revolution durchzuführen, die schließlich den Eisernen Vorhang zu Fall brachte und in der Wiedervereinigung mündete. Weltgeschichte wurde geschrieben.

# D er Friede in Kerneuropa ist gesichert.»

Gleiches gilt für die Europäische Integration. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sie Staaten, die sich gerade noch in Schützengräben gegenüberstanden, versöhnt. Seitdem ist der Frieden in Kerneuropa gesichert. Der europäischen Integration sind weitere historische Meilensteine geglückt. Im Binnenmarkt, später im Schengenraum und im Euro, sichert sie Freiheiten, die kein Staat allein garantieren kann. Es entstanden Quellen des Friedens, der inneren Versöh-

nung und des sozialen Ausgleichs, des Wohlstands sowie der Freiheit und Gleichheit. So stellt sich die Frage, wie es in der Vergangenheit gelungen ist, in Wendezeiten die Weichen weitsichtig zu stellen, und welche Lehren daraus zu ziehen sind.

## Nicht alles ist beherrschbar

Auf eine so grundlegende Frage gibt es selbstredend kaum eine Antwort. Vielmehr besteht die Hoffnung,

Orientierungspunkte zu finden. Wer versucht, den Begriff der Zeitenwende ins Englische zu übersetzen, wird keine wortwörtliche Entsprechung finden. Ein Sammelband, der kurz vor der bekannten Rede im Bundestag erschienen ist, trägt den deutschen Titel „Zeitenwende“. Die englische Ausgabe ist mit „Paradigm Lost?“ überschrieben. Diese Übersetzung eröffnet eine Perspektive. Gerade in Wendezeiten sollten wir uns unserer Paradigmen, unserer grundlegenden Denkweisen und Anschauungen, vergewissern.

Eine Orientierung können die Mütter und Väter des Grundgesetzes geben. Die Präambel vergewissert sich zunächst der „Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Das Grundgesetz, ein rationaler Rechtstext, beginnt mit einem transzendenten Bezug. Obwohl damals der christliche Glauben im Vordergrund stand, ist die Verfassung nicht auf diesen beschränkt, sondern steht in ihrer Neutralität jedem Menschen offen, ob er gläubig ist oder nicht. Der allgemeine Gedanke dieses Beginns ist dieser: Nicht alles ist beherrschbar, nicht alles rational erklärbar. Es geht daher auch um Bescheidenheit – und um die zentrale Verantwortung vor den Menschen. Im Anschluss trifft die Präambel eine zur damaligen Zeit kühne Aussage. Deutschland will wenige Jahre nach dem Krieg als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen. Die Würde des Men-

schen ist – so fährt Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz fort – unantastbar. „Das Deutsche Volk bekennt sich“ gemäß Artikel 1 Abs. 2 Grundgesetz zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. Tiefe humanistische und unmittelbar erlebte Erfahrungen sind hier zu spüren. Diese Paradigmen zeugen von einer historischen Weitsicht, die ihresgleichen sucht, und geben so ein bemerkenswertes Beispiel.

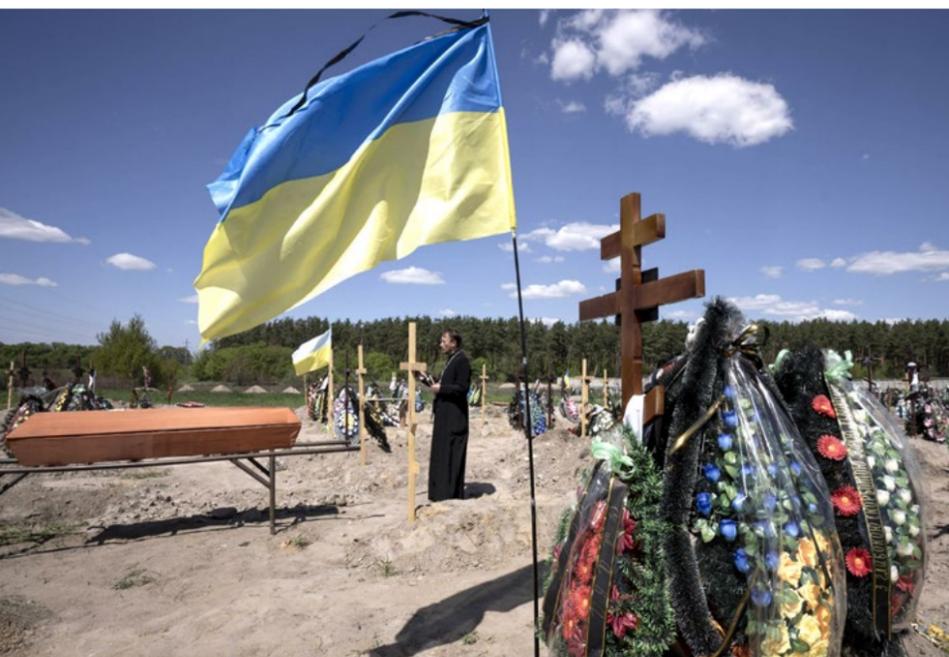
## Jahrtausendwende – weitsichtige Ziele

Die Europäische Union betont in den ersten Artikeln des EU-Vertrages ebenfalls ihre Ziele. Sie will gemäß Artikel 3 Abs. 1 EUV den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker fördern. Die Union bietet – so fährt Artikel 3 Abs. 2 EUV fort – ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen. Hier werden die historischen Errungenschaften, die Paradigmen, der Europäischen Union klar benannt.

Diese historischen Erfahrungen und Rechtsdokumente drängen darauf, sich in Wendezeiten der Paradigmen zu vergewissern. Ein europäisches Beispiel hierfür bietet auch die Jahrtausendwende. Durch die Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 sollte der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirt-

schaftsraum in der Welt“ geschaffen werden. Die Europäische Union wollte Vorreiter im Bereich der Digitalisierung werden, eine „Informationsgesellschaft für alle“ in einem sogenannten „eEurope“ gründen. Sieben Jahre vor der Finanzkrise wurde das helllichtige Ziel ausgegeben, den Finanzmarkt effizienter und transparenter zu gestalten; Forschung, Innovation sowie wegweisende Unternehmen sollten gefördert werden. Deutlich vor der Schuldenkrise ging es darum, „die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen“, die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken und eine effektive Partnerschaft mit Russland aufzubauen. Heute bleibt das Erstaunen, wie klar zukünftige Probleme der ersten beiden Jahrzehnte des Jahrtausends beschrieben wurden – und wie wenig erreicht worden ist.

**«Die EU will den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker fördern.»**



Im ukrainischen Ort Butscha bei Kiew ermordeten Anfang 2022 russische Soldaten massenhaft Zivilisten. Ein schweres Kriegsverbrechen, das erst nach dem hastigen Rückzug der Russen entdeckt wurde. Im Bild die Beerdigung eines der Opfer im Mai 2022.

# «Wichtige Entwicklungen schreiten gerade dadurch voran, dass Menschen ins Unbekannte und Unvorhergesehene aufbrechen.»

## Europa wieder mehr von den Menschen her denken

Ein Grund für die negative Bilanz liegt darin, dass die Europäische Union nicht mehr hinreichend auf ihre Paradigmen der Freiheit und sozialen Staatlichkeit setzt. Rückblickend lässt sich feststellen, dass wir uns zu viel Luft genommen haben durch öffentliche Schulden, bürokratische Lasten, durch ein Übermaß an rechtlichen Regeln und planerische zentralistische Tendenzen. Wer glaubt, Probleme allein aus Brüssel bewältigen zu können, wird nicht erfolgreich sein. Die Union hat drei Kraftquellen, die europäischen Organe, die Mitgliedstaaten und insbesondere die Menschen. Es ist jetzt an der Zeit, diese drei Kraftquellen und vor allem die Freiheit wieder zu pflegen. Europa ist wieder mehr von den Menschen her zu denken.

## Die normative Kraft der Gesellschaft

Die Pandemie hat in Deutschland gezeigt, dass Berge versetzt werden können, wenn Menschen sich Aufgaben gemeinsam und entschlossen annehmen. Die erste Viruswelle wurde gebrochen, weil die Menschen Rücksicht aufeinander nahmen, sich gegenseitig halfen, zahlreiche soziale Initiativen gründeten und schließlich das Recht befolgten, bevor es in Kraft trat.

Nicht die Pläne und Finanzkraft Chinas, nicht die USA, die Europäische Union, Russland oder Indien, sondern der entschlossene Forschergeist weniger hat der Welt den neuen Impfstoff gegen das Virus und damit Gesundheit und Freiheit geschenkt. „Gleichförmige Ursachen haben gleichförmige Wirkungen. Je mehr also“ – so Wilhelm von Humboldt – „die öffentliche Hand mitwirkt, desto

ähnlicher ist nicht bloß alles Wirkende, sondern auch alles Gewirkte.“ Gesellschaftliche Prozesse können und sollen durch öffentliche Institutionen nicht präzise geplant, sondern nur in notwendigen Voraussetzungen unterstützt werden.

## Klimaschutz – Emissionshandel und Finanzmarkt

Deutschland und die Europäische Union werden die gegenwärtigen Herausforderungen nur meistern, wenn ihre Ziele möglichst freiheitlich verfolgt werden. Daher drängen sich im Kampf gegen den Klimawandel zwei Instrumente auf: der Emissionshandel und der Finanzmarkt. Die Politik sollte deutlich stärker auf das freiheitliche und technologieoffene Instrument des Emissionshandels vertrauen. Maßnahmen, die daneben nicht notwendig und gar freiheitsmindernd sind, sind abzuschaffen.

Zugleich ist der Finanzmarkt für den Kampf gegen den Klimawandel zu gewinnen. Die europäische Taxonomie muss allerdings deutlich verbessert, am besten durch internationale Standards ersetzt werden. Die gegenwärtige Taxonomie führt zu mehr Bürokratie als Erfolge. Insgesamt ruhen im Vorrang des Emissionshandels und im internationalen Finanzmarkt große Chancen für die zentrale Vereinfachung des Rechts, für eine freiheitliche Deregulierung und damit für den Klimaschutz. Dabei sind die sozialen und wirtschaftlichen Folgen genau zu beobachten. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel sollten zuvorderst für soziale Zwecke eingesetzt werden.

## Westlessness und Freiheitsvertrauen

Vor der Aufklärung wurde der Vernunft eine zu kleine Rolle zugebilligt. Nun besteht die Gefahr, zu große Hoffnungen in die öffentliche Hand, in europäische und staatliche Organe, in politische Pläne und Regelwerke zu setzen. Doch wichtige Entwicklungen schreiten gerade dadurch voran, dass Menschen ins Unbekannte und Unvorhergesehene aufbrechen. Ein neues Regelwerk, eine neue Agentur oder Behörde gefährden den Erfolg.

Die Münchner Sicherheitskonferenz attestierte der Welt im Jahr 2020 eine „Westlessness“. Wenn Europa und der Westen im wirtschaftlichen sowie kulturellen Wettbewerb bestehen wollen, sollten sie auf ihre eigenen, auf die westlichen Werte setzen. Das sind nicht Pläne und vorgezeichnete Wege, sondern die moderne soziale Staatlichkeit und überstaatliche Freiheit. Die größte Energie Europas ruht in den Menschen. —

JAHR 2000

# DIE LISSABON-STRATEGIE

## ZIELE DER EU:

- *Schaffung des wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraumes in der Welt*
- *Vorreiterrolle im Bereich der Digitalisierung*
- *Informationsgesellschaft für alle*
- *Gestaltung eines effizienteren und transparenteren Finanzmarktes*
- *Förderung von Forschung und Innovation sowie wegweisender Unternehmen*
- *Sicherstellung der langfristigen Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen*
- *Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*
- *Aufbau einer effektiven Partnerschaft mit Russland*

# GEOPOLITISCHE HERAUSFOR- DERUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION



**Autor: Dr. Wolf Krug**  
Leiter des Instituts für Europäischen  
und Transatlantischen Dialog,  
Hanns-Seidel-Stiftung, München

## W

**Wir brauchen dringend eine europaweite Verständigung über geopolitische Herausforderungen und eine realistische Einschätzung darüber, wie europäische Interessen gewahrt werden können.**

Frieden und Wohlstand sind zentrale Errungenschaften der Europäischen Union (EU). Aus diesem Grund genießt sie große Attraktivität in der Bevölkerung der Mitgliedstaaten und potenzieller Beitrittsländer. Zukunftsfähigkeit und Attraktivität des europäischen Projekts hängen jedoch stark von der Bereitschaft und Anpassungsfähigkeit europäischer Institutionen und der 27 Mitgliedstaaten ab, sich wichtigen innen- und außenpolitischen Herausforderungen zu stellen. Insbesondere auf der geopolitischen Ebene ergeben sich neue Realitäten, wie zum Beispiel in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit, Migration, Klima und globale Ordnung, die politisches Handeln erfordern.

Der EU-Anteil am globalen Bruttosozialprodukt nimmt stetig ab, während andere Regionen an Dynamik und Einfluss gewinnen. Dies erfordert eine eingehende Prüfung und Anpassung wirtschaftspolitischer Strategien, um die Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten und

wirtschaftliches Wachstum als Garant für Wohlstand zu sichern. Einseitige Abhängigkeiten auf dem Energiemarkt, insbesondere von Russland, konnten verringert werden.

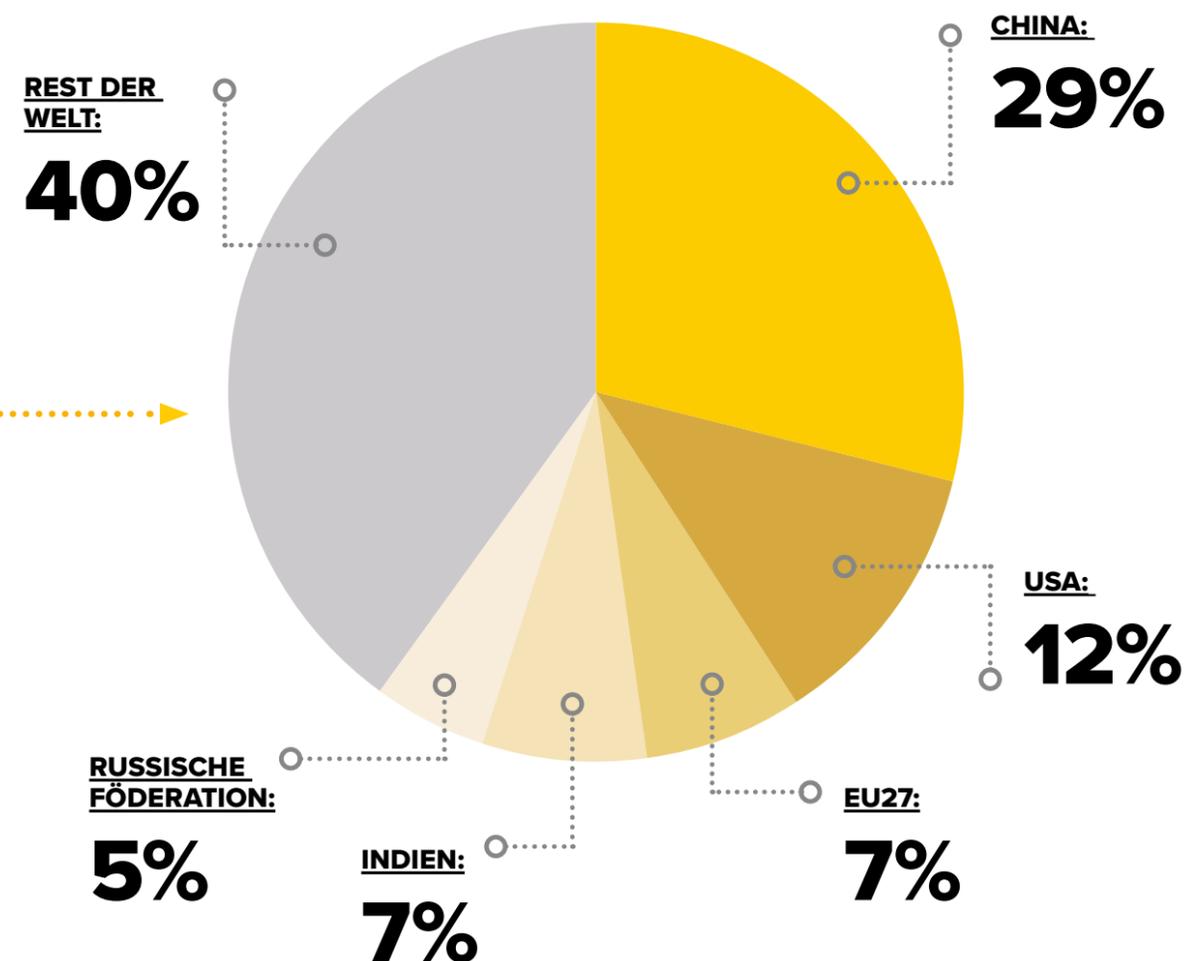
---

**«Der EU-Anteil am globalen Bruttosozialprodukt nimmt stetig ab, während andere Regionen an Dynamik und Einfluss gewinnen.»**

---

# Treibhausgas Emissionen 2022

(%-Anteil nach Ländern)



Quelle: EDGAR – Emissions Database for Global Atmospheric Research

**«Das Migrationsthema wurde politisch lange unterschätzt und hat massive Folgen für den sozialen Frieden, das Parteiengefüge und für die Demokratie in Europa.»**

Doch die weiterhin große Abhängigkeit von China könnte hochproblematisch werden. China ist ein besonderer Fall: einerseits ein wichtiger Handelspartner, andererseits ein wirtschaftlicher Konkurrent und systemischer Rivale, der das Bestreben der internationalen Gemeinschaft, Demokratie und Menschenrechte zu unterstützen, untergräbt.

**Sicherheitspolitische Situation**

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die gravierenden Veränderungen im Kontext von Sicherheit und Verteidigung. Gerade wir Deutschen haben Frieden zu lange als selbstverständlich erachtet und uns in Bezug auf Europas Sicherheit auf die Amerikaner verlassen. Russlands Krieg in der Ukraine stellt die Mitgliedstaaten der EU und besonders Deutschland vor große militärische und finanzielle Herausforderungen. Zusätzlich fordert Russland die Stabilität europäischer Staaten durch gezielte Desinformationskampagnen heraus und destabilisiert Länder in der europäischen Nachbarschaft.

Das Phänomen der irregulären Migration zeigt uns, dass Konflikte und mangelnde wirtschaftliche Perspektiven in fernen Ländern sowie die Demographie Afrikas direkte Auswirkungen auf Europa haben. Das Migrationsthema wurde politisch lange unterschätzt und hat nun massive Folgen für den sozialen Frieden, das Parteiengefüge und letzten Endes auch für die Demokratie in Europa.

**Klimaschutz und globale Ordnung**

Ein Thema, welches den Deutschen besonders am Herzen liegt, ist der Klimaschutz. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass das Weltklima durch Deutschland, geschweige denn durch Europa, „gerettet“ werden kann, zumal der EU-Anteil an den globalen Emissionen weniger als zehn Prozent beträgt. Die EU kann vielleicht eine Vorbildfunktion für eine grüne Transformation einnehmen, aber für den Klimaschutz besonders relevant sind andere Weltregionen. Viele hundert Millionen Menschen in weniger entwickelten Ländern sehnen sich nach Entwicklung und Wohlstand. Gelingt es nicht, wirtschaftlich konkurrenzfähige Klimaschutztechnologien zu entwickeln, die sich in Entwicklungs- und Schwellenländern durchsetzen, so werden die globalen Klimaschutzziele weit verfehlt.

**«Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass das Weltklima durch Deutschland, geschweige denn durch Europa, „gerettet“ werden kann.»**

# In Zukunft braucht es auch Partnerschaften mit ausgewählten Ländern des globalen Südens.

Auf internationaler Ebene beobachten wir, dass die globale regelbasierte Ordnung zunehmend durch autokratische Staaten herausgefordert wird. Nicht wenige internationale Organisationen sind zu einem Schlachtfeld divergierender Machtinteressen geworden. Der Einfluss der Antidemokraten wächst und globale Ordnungsstrukturen wie zum Beispiel der UN-Sicherheitsrat geraten an den Rand der Dysfunktionalität.

**«Die regelbasierte internationale Zusammenarbeit wird durch Autokraten in Frage gestellt.»**

Zusammenfassend kann gesagt werden: Europa ist heute weniger sicher geworden, es verliert wirtschaftlich an Einfluss und ist von zu vielen Abhängigkeiten

geprägt, die Implikationen der irregulären Migration wurden unterschätzt, hohe Energiepreise bedrohen den Wohlstand und die regelbasierte internationale Zusammenarbeit wird durch Autokraten in Frage gestellt.

### Neue Aufgaben der Europäischen Union

Angesichts dieser Gesamtlage bedarf es einer Verständigung in den EU-Mitgliedstaaten über die Komplexität der geopolitischen und geökonomischen Herausforderungen, der jeweiligen Abhängigkeiten und einer neuen realistischen Einschätzung, wie spezifische europäische Interessen gewahrt oder befördert werden können. Es gilt, Risiken, Abhängigkeiten und Chancen neu zu bewerten und einen gemeinsamen Weg des Machbaren aufzuzeigen, der neben Handel, Dialog und „soft power“-Instrumenten auch Instrumente der klassischen Machtpolitik umfasst.

Die Kommissionspräsidentin der Europäischen Union, Ursula von der Leyen, hat sich zum Ziel gesetzt, das Gewicht und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Doch der Weg hin zu einer geopolitischen EU ist noch lang und steinig. Wir haben nicht immer ein Erkenntnisproblem, sondern vielmehr ein Umsetzungs-



*Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union stärken.*

problem vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Interessen zwischen Mitgliedstaaten und der Kommission. Ein besonderes Problem ist das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat, welches die Handlungsfähigkeit massiv einschränkt. Eine Reform, hin zu Mehrheitsentscheidungen für außen- und sicherheitspolitische Fragen, ist überfällig.

Schlussendlich muss die Erkenntnis wachsen, dass es auch neuer strategischer Partnerschaften bedarf. Die trans-

atlantische Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit hat sich bewährt. In Zukunft braucht es auch Partnerschaften mit ausgewählten Ländern des globalen Südens. Gerade bei den Themen Energie- und Rohstoffsicherheit, Klimaschutz, irreguläre Migration und dem Erhalt der regelbasierten internationalen Ordnung ist Europa auf die Zusammenarbeit mit neuen Partnern angewiesen. —

# ALLES BEIM ALTEN? DIE ZUKUNFT DES BÜRGERLICHEN LAGERS

**Autorin:** Verena Kasirye

Leiterin des Referats „Westeuropa, Nordamerika, Europäische Grundsatzfragen“ am Institut für Europäischen und Transatlantischen Dialog der Hanns-Seidel-Stiftung, München

## D

**Der Zeitpunkt kommt für die konservativen Parteien Europas gerade gelegen, denn klassische Themen wie „Sicherheit“ und „Wohlstand“ sind hoch im Kurs.**

Europa befindet sich im Umbruch: Die Umwälzung der europäischen Friedensarchitektur, die Bedrohung gefestigter Demokratien durch Links- und Rechtspopulismus und die Frage nach der Zukunft der Europäischen Union (EU) beeinflussen nachhaltig Politik und Gesellschaft. Der Wandel macht auch keinen Halt vor der europäischen Parteienlandschaft. Das bürgerlich-konservative Lager – in den vergangenen Jahren noch vielerorts in der Krise – erlebt im Vorfeld der Europawahlen im Juni 2024 wieder einen leichten Aufwärtstrend.

**EVP weiterhin stärkste Kraft**

Folgt man den Prognosen (Stand: 31. Dezember 2023), so muss die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) voraussichtlich Sitze einbüßen, bleibt jedoch stärkste Kraft im Europaparlament. Dabei sind die Stützkräfte geographisch breit gestreut: Den zahlenmäßigen Bärenanteil der EVP-Abgeordneten stellt voraussichtlich weiterhin Deutschland, wohl dicht gefolgt von Spanien und Polen. Auch Griechenland und Rumänien bleiben starke Säulen der EVP. Abgesehen von einer klaffenden Lücke in Italien, bedingt durch geringen Zuspruch für Forza Italia, zeichnen sich nur kleinere Verschiebungen des Kräftegewichts in der EVP ab.

Die im europäischen Durchschnitt stabile Prognose war jedoch keinesfalls ein Selbstläufer, denn noch zur Halbzeit der Legislatur befand sich die EVP im Umfragetief. Dass die Konservativen sich aus einigen kriselnden Jahren zu erholen scheinen, verdeutlichen auch die jüngsten nationalen Parlamentswahlen. Die der EVP-angehörigen Parteien erlebten hier ein regelrechtes „Revival“ an den Wahlurnen. Nennenswerte Zugewinne verzeichnet das konservative Lager etwa bei den Parlamentswahlen in Polen, Spanien, Griechenland, Finnland oder Bulgarien.

**Konservative Themen beschäftigen Europa**

Der Aufwärtstrend der konservativen Parteien steht zusammen mit aktuellen politischen und wirtschaftlichen



Das Europaparlament in Straßburg: 66 Millionen Bürgerinnen und Bürger sind in Deutschland zur Wahl aufgerufen.

**«Mit zunehmender Bedeutung der Themen „Sicherheit“ und „Wohlstand“ steigt auch die Attraktivität konservativer Parteien.»**



Für Europawahlen gibt es keine gesamteuropäischen Umfragen. Laut Europe Elects, einer Plattform, die die Ergebnisse verschiedener Meinungsforschungsinstitute in Europa bündelt, sah die Prognose für die Europawahl 2024 in Bezug auf die Sitzverteilung mit Stand 31. Dezember 2023 so aus, wie hier dargestellt.

## Die Europawahlen stellen die Weichen für die EU der kommenden fünf Jahre.

**«Der wachsende Einfluss der euroskeptischen Rechten stellt eine ernsthafte Bedrohung für die EU dar.»**

Herausforderungen Europas, die zur Folge haben, dass Themen wie „Sicherheit“ und „Wohlstand“ wieder mehr in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte rücken. Damit steigt auch die Attraktivität konservativer Parteien, die für diese Kernthemen stehen und deren Expertise Abhilfe für Europa schaffen kann.

Klassische Sicherheitspolitik, vor einigen Jahren noch oft als „kriegstreiberisch“ geächtet, erfährt derzeit beinahe ungekannte Wertschätzung, zumal der Krieg in der Ukraine die Notwendigkeit effektiver Abschreckung vor Augen führt. Aber auch innere Sicherheit, Grenzschutz und Terrorabwehr sind hoch im Kurs, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender irregulärer Migration.

Mit schwächelnder Wirtschaftsleistung, anhaltender Inflation und hoher staatlicher Verschuldung sorgen sich die Europäer ebenso um die Sicherung des Wohlstands. Die konservativen Parteien können auch hier punkten, denn soziale Marktwirtschaft, konservative Fiskalpolitik und die Reduktion überbordender Bürokratie können helfen, die

Attraktivität des Wirtschaftsstandorts EU zu wahren und das klaffende innereuropäische Wohlstandsgefälle zu reduzieren.

### Aufwind gedämpft durch Rechtsradikale und durch innere Schwachstellen

Trotz thematischen Zuspruchs kämpft das bürgerliche Lager an verschiedenen Fronten. Nationalistische und rechtspopulistische Parteien sind auf dem Vormarsch – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien, Frankreich oder etwa in den Niederlanden. Der wachsende Einfluss der euroskeptischen Rechtspopulisten stellt eine ernsthafte Bedrohung für die EU dar. Da die Rechts-Außen-Parteien oft bürgerliche Stammwähler abgreifen, müssen die konservativen Parteien klare Kante zeigen und betonen: Wer wirtschaftlichen Wohlstand und integrierte Sicherheit möchte, braucht die EU. Die „Brandmauer gegen Rechts-extreme“ muss also weiterhin stehen. Ein Liebäugeln mit Koalitionen mit Rechts-Außen-Parteien mag kurzfristig regierungsfähige Mehrheiten herstellen, langfristig untergräbt es jedoch die Grundfesten der EU und das Menschenbild der konservativen Parteien.

Möchten die Bürgerlichen für die breite Mitte zugänglich bleiben, müssen sie sich zudem ihre inneren Schwachstellen vor Augen führen. Das Narrativ „Konservatismus ist für

alte Leute“ belastet das Image und bedarf eines Gegenakzents. Gerade vor diesem Hintergrund muss es konservativen Parteien zudem besser gelingen, Digitalisierung voranzutreiben und ihre Positionen für den Klimaschutz an den Mann beziehungsweise an die Frau zu bringen, und zwar durch pragmatische und dennoch effektive Ansätze. Auch der vergleichsweise niedrige Frauenanteil, sowohl in der Wählerschaft als auch in den Parteirängen, verlangt nach gezielten Maßnahmen.

### Herausforderungen der Zeit erfordern Anpassung

Die Europawahlen stellen die Weichen für die EU der kommenden fünf Jahre. Den neu entfachten Rückenwind müssen die konservativen Parteien in den nächsten fünf Jahren nutzen, um zu zeigen, wie erfolgreich sie ihre Kernthemen bedienen können und inwieweit sie dabei bereit sind, traditionelle Werte zu bewahren und gleichzeitig auf dynamische Veränderungen der Gesellschaft zu reagieren. Intergenerationale Politik, politische Frauenförderung sowie eine klare Absage an Rechts-Außen können dabei das künftige Profil des Konservatismus stärken. „Alles beim Alten“ kann und darf es somit nicht bleiben. —

# DIE UKRAINE IST EUROPA

**Autor:** Benjamin Bobbe

Leiter des Referats „Mittel- und Osteuropa, Russland“ am Institut für Europäischen und Transatlantischen Dialog der Hanns-Seidel-Stiftung, München

## D

**Die Ukrainerinnen und Ukrainer haben eindrücklich gezeigt, dass sie Europa schützen und stärker machen. Zugleich braucht das Land in Gestalt der EU die Vision einer besseren Zukunft, um den Kampf gegen die russische Invasion durchstehen zu können.**

Der 24. Februar 2022 markiert eine Zäsur. Der großangelegte russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat Europa, die Europäische Union (EU) sowie die NATO näher zusam-

menrücken lassen und zugleich den Blick für eine realistischere Betrachtung der Situation in der Ukraine und der Region, der Herausforderungen durch Russland sowie der gemeinsamen Interessen Europas und der euroatlantischen Gemeinschaft geöffnet.

Wer heute in die Ukraine reist, wird Zeuge von Pragmatismus und Empathie, die tief unter die Haut gehen: Traurigkeit ob der Opfer und des Leids mischt sich mit Herzlichkeit, Tatkraft sowie Zuversicht. Die Menschen in der Ukraine wissen, wofür sie kämpfen. Experten sprechen von einer „gesamtgesellschaftlichen Verteidigung“: Jeder hilft dort, wo er es am besten kann. Die russische Invasion hat entgegen der Erwartung vieler und insbesondere des Aggressors das Land nicht gespalten, sondern – wie Umfragen sehr deutlich zeigen – den unbedingten Willen entfesselt, einerseits die Identität als ukrainische Nation zu verteidigen und andererseits Teil von EU und NATO zu werden.

*Abbildung links:*

*Kiew im November 2013: Unter russischem Druck verweigerte der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch die Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen mit der EU. Studenten demonstrierten gegen diese Entscheidung auf dem Platz der Unabhängigkeit (Maidan) – der Beginn des „Euromaidan“-Widerstands.*

# Die Ukraine ist digital & innovativ

## Digital und innovativ

Zugleich herrscht trotz Luftangriffen geradezu „Normalität“. Seit Kriegsbeginn haben sich allein in Kyjiw (Kiew) mehr als 500 neue ausländische IT-Firmen angesiedelt, viele betreiben angesichts der sehr guten Ausbildung und der hohen Digitalisierung im Land Entwicklungszentren. Unter dem Druck des Krieges hat die Ukraine auch die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen auf ein neues Niveau gehoben. 70 Prozent der erwachsenen Bevölkerung benutzen eine App mit dem Namen Diia, mit der sie Behördengänge online erledigen können, darunter beispielsweise die Steuererklärung oder die Gründung eines Unternehmens. 50 weitere Funktionen stehen bereit: vom elektronischen Pass und der Geburtsurkunde bis hin zu Abstimmungen zu Fragen der Demokratie auf lokaler Ebene. Eine ganze Reihe von Staaten plant, die App einzuführen. Innovation und Resilienz als Antwort auf einen ungewollten Krieg und den Umstand, dass bedeutende Teile der Bevölkerung unter Okkupation leben.

Die ukrainische Widerstandskraft ist keine spontane Reaktion auf die großangelegte russische Invasion, sondern Teil des Grundverständnisses der Menschen als ukrainische Staatsbürger. Sie steht im direkten Zusammenhang mit dem demokratischen Freiheitsgedanken und dem Blick nach Europa. Die Bürgerproteste der

**«Die Ukrainer brauchen die Vision einer besseren Zukunft, um den Kampf gegen die russische Invasion durchstehen zu können.»**

Orangen Revolution von 2004 und der Euromaidan 2013 und 2014 als Massenphänomene, Momente der Identitätsbildung und kollektiven Erinnerung haben eine lebendige proeuropäische Zivilgesellschaft herausgebildet, die heute das stabile Fundament der modernen Ukraine bildet.

### Merkmale einer modernen Demokratie

Hinzu kommt eine erfolgreiche Dezentralisierungsreform, die auch von der Hanns-Seidel-Stiftung eng begleitet wurde: Die Selbstbemächtigung von Bürgern, das Lösen von Problemen durch positiven Gestaltungswillen vor Ort sind Merkmale einer modernen Demokratie. Dennoch war für viele Beobachter die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine am 23. Juni 2023 eine überraschende Entwicklung, die natürlich eng mit dem geopolitischen Kon-



text verknüpft ist. Über die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen entscheiden nach der Empfehlung der Kommission vom 8. November 2023 die Mitgliedstaaten Ende des Jahres. Schon jetzt zeigt sich jedoch, dass die Ukraine in jüngerer Zeit bei der Reformagenda unter der Belastung des Krieges Beindruckendes geleistet hat. Die Ukrainer brauchen die Vision einer besseren Zukunft, um den Kampf gegen die russische Invasion durchstehen zu können.

Hoffnungen auf ein kurzfristiges Ende des Krieges sind derzeit unrealistisch angesichts der Tatsache, dass Moskau den Krieg als ein Nullsummenspiel sieht und glaubt, den Krieg gewinnen zu können. Mehr als bislang müssen von der EU und Deutschland die Dinge vom Ende gedacht, konkrete Ziele gesetzt und die entsprechenden Mittel hierfür bereitgestellt werden. Die aktuelle Unterstützung für die Ukraine ist zu wenig, um den Krieg zu gewinnen, und zu viel, um den Krieg zu verlieren. Es besteht die Gefahr, dass die USA, Europa und Deutschland in der Ukraine-Frage nun angesichts von Ermüdungserscheinungen und der Zuspitzung im Nahen Osten in einen Winterschlaf verfallen.

### Ukraine: Zukunft in NATO und EU

Die Ukraine verfolgt zwei miteinander verwobene Strategien: einerseits eine Gegenwartsstrategie, bei der es darum geht, die Invasion zurückzuschlagen und die vertrag-

lich garantierten Grenzen der souveränen Ukraine von 1991 zurückzugewinnen. Und andererseits eine europäische und transatlantische Zukunftsstrategie, die auf einen Vierklang von EU-Beitrittsprozess, transatlantischer Integration, Reformen und Wiederaufbau besteht.

Auch wenn auf Seiten des Westens und der EU aktuell Sofortmaßnahmen, die das finanzielle Überleben des ukrainischen Staates sicherstellen, richtigerweise Priorität genießen, wird der Wiederaufbau eher früher als später auf der Tagesordnung stehen. Von einem „Jahrhundertprojekt“ ist hier die Rede und auch zum Marshall-Plan für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg werden Parallelen gezogen. Richtig gemacht bietet ein solcher Plan nicht nur große Chancen für die Ukraine, sondern für ganz Europa. Auch in diesem Sinne ist eine engere Flankierung dieses notwendigen Vorhabens im Rahmen des auf viele Jahre angelegten Europäischen Einigungsprozesses sinnvoll. Beides gehört zusammen.

Die Kosten einer weiteren und verstärkten Unterstützung der Ukraine sind zweifellos hoch. Noch höher wären jedoch die späteren Kosten, es jetzt nicht zu tun. —

# «DIESE FASZINIERENDE EUROPÄISCHE IDEE»

Die Europawahl steht im Juni an – alle erwarten ein Erstarren der Rechtspopulisten. Wir haben mit Markus Ferber, MdEP, über die europäischen Herausforderungen gesprochen.

Das gemeinsame Europa ist in Bedrängnis: Migration, Russlands Krieg in der Ukraine, Klimawandel, Chinas expansive Bestrebungen, zu viel Bürokratie und dazu erstarkende Populisten. Das macht die vor der Tür stehende EU-Erweiterung nicht einfacher. Quo vadis, Europa?

**politicus: Europa steht in mehrfacher Hinsicht am Scheideweg. Was sind die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für die EU, also die wichtigsten?**

**Markus Ferber:** Ich glaube nicht, dass wir am Scheideweg stehen. Das würde ja bedeuten, dass wir in den Abgrund fallen, wenn wir es falsch machen. Wir stehen vor großen Herausforderungen, aber das stand Europa immer. Die Herausforderung Nummer eins ist die Erweiterung. Wir sind gefordert, den Staaten des westlichen Balkans das Beitrittsversprechen mit Leben zu erfüllen. Dazu die Verhandlungen mit der Ukraine und Moldawien vorzubereiten und damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung unserer Nachbarschaft zu leisten. Das ist in unserem strategischen Interesse.

Die zweite große Herausforderung ist die Asylpolitik. Seit 2015 haben wir in der EU gerungen. Wir haben jetzt einen Beschluss, der noch von den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament bestätigt werden muss. Damit wir denen, die wirklich Schutz benötigen, Schutz bieten. Für die anderen müssen wir begrenzte Wege zur legalen Zuwanderung öffnen, auch weil wir Arbeitskräftemangel haben. Das kann nicht jedes Land für sich allein machen.

Und die größte aller Herausforderungen ist natürlich das große Friedensprojekt. Das heißt, unabhängig wie die Wahlen in den USA ausgehen, müssen die Europäer mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit und für den Frieden in ihrer Nachbarschaft übernehmen.

**Das neue Asylpaket der EU haben Sie gerade schon angesprochen. Zentrale Elemente dabei sind Asylverfahren an den Außengrenzen, Aufnahmezentren und Schnellverfahren für Asylbewerber mit geringer Bleibechance und die direkte Rückführung abgelehnter Asylbewerber von dort. Sind diese Vorschläge realistisch?**

Es ist der einzige Weg, den wir gehen können. Wenn wir das Thema europäisch lösen, dann müssen wir uns überlegen: Was ist die Europäische Union, wo betrete ich sie, welchen Rechtsstatus habe ich, wenn ich sie betrete? Was passiert mit mir, wenn ich sie zu Unrecht betrete? Das sind ganz normale Fragen, die wir als Staaten und auch als Staatengemeinschaft zu beantworten haben. Dass wir im 21. Jahrhundert das nicht mehr

an den nationalen Grenzen machen, macht, glaube ich, Sinn. Das jetzt zu europäisieren, ist ein großer Fortschritt.

**Diese Maßnahmen gelten ja nur für Migranten aus Staaten, die eine unter 20-prozentige Anerkennungsquote haben. Das heißt aber, für die Hauptherkunftsländer Syrien, Irak, Iran und Afghanistan gilt das nicht.**

Wir können aber nicht sagen, in Syrien herrscht ein Bürgerkrieg, in der Ukraine herrscht ein Krieg, im Iran werden Frauen gefoltert und sterben im Gefängnis und wir machen die Augen zu. Das sind alles Menschen, die Schutz benötigen. Und den sollten wir auch gewähren, es gilt die Genfer Flüchtlingskonvention. Das Modell der europäischen Asylpolitik heißt ja nicht Abschotten.

**«Wir stehen vor großen Herausforderungen, aber das stand Europa immer.»**

Sondern es bedeutet, die Wege für die offenzuhalten, die wirklich Schutz benötigen. Aber die, die keinen Schutz benötigen, möglichst schnell zu identifizieren.

**Sie haben immer wieder überzeugene Pläne, Grenzwerte und Auflagen der EU kritisiert, etwa bei der Wohngebäude Richtlinie, dem Ver-**

**brennerverbot oder der Pflanzenschutzverordnung. Ist man hier zu einem ausgewogenen Ansatz übergegangen – wie zuletzt bei den Abgasgrenzwerten für Fahrzeuge?**

Noch nicht überall, weil die Gesetzgebung aus einer Zeit stammt, wo auch im Europäischen Parlament bestimmte Kräfte außerhalb der EVP mit Brachialgewalt Dinge durchsetzen wollten und auch durchgesetzt haben. Aber es normalisiert sich langsam. Mein Kernvorwurf ist, dass die EU für ein Problem fünf, sechs Maßnahmen ergriffen hat. Für Privathaushalte etwa wird über den Emissionszertifikatehandel ETS die fossile Energie teurer, zugleich müssen sie in bestimmten Zeiträumen das Haus energetisch sanieren. Dazu kommen noch verschiedene Rechenschaftspflichten. Das führt



Markus Ferber, MdEP: „Die Europäer müssen mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen.“



Markus Ferber, MdEP, im politicus-Interview mit Susanne Hornberger, Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der HSS, und Redakteur Andreas von Delhaes-Guenther.

nur zu Bürokratie, Belastungen und nicht zur Lösung des Problems – und alle wenden sich kopfschüttelnd ab. Grüne, Sozialdemokraten, ein großer Teil der Liberalen und die Kommunisten in Europa haben an jeder möglichen Stelle CO<sub>2</sub>-Reduktion eingebaut. Damit wird aber der Finanzsektor überfordert, die Verwaltung, das Individuum als Haus- oder Autobesitzer, die Hersteller.

**Hat die EU zu viel grüne Politik betrieben, ohne die Menschen mitzunehmen?**

Natürlich ist die Von-der-Leyen-Kommission angetreten, als erster großer Wirtschaftsraum zu zeigen, wie man das Pariser Abkommen umsetzen kann. Das ist auch ein unterstützenswertes Ziel. Aber wir müssen zwei Dinge beachten. Als der Vorschlag 2019 vorgelegt wurde, waren wir vor Covid, dem Krieg in der Ukraine und dem furchtbaren Überfall der Hamas auf Israel. Wenn sich die Welt ändert, muss man sich überlegen, ob alle erdachten Instrumente auch wirklich funktionieren.

Vermisst habe ich, dass man dann nicht umgesteuert hat. Im Gegenteil: Der zuständige EU-Kommissar Timmermans hat wirklich jedes Dossier umgedreht, um irgendwo noch mehr

**«Bürokratie ist wie eine Hydra, schlägt man ihr einen Kopf ab, wachsen neun neue nach, mit neuen Gesetzen und Gerichtsverfahren.»**

Klimaschutz reinzukriegen. Daraus ist eine unbändige bürokratische Last entstanden. Andererseits haben sich bis heute weder die Mitgliedstaaten noch das EU-Parlament, weil es von den Grünen und Anderen blockiert wird, mit dem Thema steuerliche Begünstigung von alternativen Kraftstoffen beschäftigt. Das sind ja nicht nur E-Fuels, die energetisch fragwürdig sind, sondern auch andere



Potenziale wie nachwachsende Rohstoffe, Abfälle oder Blaualgen, die bei Säurezugabe Öl absondern. Es gibt viele Dinge, die wir gar nicht mehr ausprobieren. Verbots- und Grenzwertpolitik ermöglicht aber keine Technologieoffenheit.

**Ausufernde Bürokratie auch aus der EU ist eines der Haupthindernisse für eine florierende Wirtschaft. Sogar Edmund Stoiber als EU-Entbürokratisierungsbeauftragter konnte daran wenig ändern.**

Zunächst muss ich Edmund Stoiber in Schutz nehmen. Er hat viel erreicht im Rahmen seines eingeschränkten Mandats. Aber die Erfahrung, die wir auf allen Ebenen machen, ist: Bürokratie ist wie eine Hydra, schlägt man ihr einen

Kopf ab, wachsen neun neue nach, mit neuen Gesetzen und Gerichtsverfahren. Auch Richterrecht des EuGH schafft bei der Umsetzung Bürokratie. Als Deutsche haben wir zudem ein besonderes Vollzugsproblem, mit europäischen Vorgaben umzugehen. Ein Beispiel, die Datenschutzgrundverordnung. Sie gilt für die gesamte EU, wird aber nirgends so streng ausgelegt wie in Deutschland. Doch in anderen Ländern ist der Datenschutz ebenfalls gewährleistet.

Das zweite Problem ist: Einzelne Generaldirektionen mit bestimmten Formationen von Ministerräten und bestimmten Ausschüssen des Parlaments machen Gesetze, ohne nach links und nach rechts zu schauen. Zum Teil kommen dann sogar Regeln heraus, die sich widersprechen. Aber weil die Kommission das Initiativmonopol hat – was immer als Demokratiemangel gerügt wird –, hat sie auch die Verpflichtung, dass Regeln zusammenpassen. Dieser Aufgabe ist sie unter der von-der-Leyen-Kommission nicht mehr nachgekommen. Das wieder zu organisieren, ist eine Erkenntnis, die jetzt nicht nur bei der Kommissionspräsidentin angekommen, sondern bis in die Amtsstuben durchdiffundiert ist. In Gesetzesverhandlungen gab es erstmals Warnungen aus der Kommission vor zu viel Bürokratie. Es wird nun darauf geachtet, wo können wir bürokratische Belastungen vermeiden, reduzieren oder gleich gar nicht einführen.

**Die Europawahl steht im Juni 2024 an. Was erhoffen Sie sich für die künftigen Mehrheitsverhältnisse?**

Das ist eine schwere Frage, weil Europawahlen in der Vergangenheit 27 nationale Wahlen waren. Es gab wenige Themen, die in ganz Europa eine Rolle gespielt haben. Bei der Wahl 2014 war in Osteuropa die Entwicklung in der Ukraine mit dem Maidan-Aufstand und der russischen Annexion der Krim wichtiger als in

Westeuropa. 2019 haben in Deutschland die Grünen aufgrund des Klimaschutzthemas mehr als 20 Prozent errungen – auch nicht das Topthema in der EU. Gelingt es also, Themen zu identifizieren, die ganz Europa bewegen?

Der Dexit ist keine Option. Jedem, der das propagiert, kann ich nur eine Studienreise in das Vereinigte König-



reich empfehlen. Der Brexit hat das Land in keiner Hinsicht stabiler gemacht. Auch die grüne Agenda, ohne auf soziale und ökonomische Aspekte zu achten, wird nicht funktionieren. Das erleben wir mit der Ampel in Deutschland und in den vergangenen fünf Jahren auf EU-Ebene. Insofern wünsche ich mir eine Stärkung der bürgerlichen Kräfte. Das europäische Projekt ist viel zu wertvoll, als dass man es in die Hände der Populisten geben darf. Es muss allerdings so weiterentwickelt werden, dass es wieder die volle Akzeptanz der Menschen findet. Mich hat als junger Mensch eine Rede von François Mitterrand 1995 bewegt, als er sagte, Nationalismus bedeutet Krieg. Das ist genau die Herausforderung, vor der wir stehen, wenn diese faszinierende europäische Idee zerbröckelt.

Markus Ferber, MdEP, erhofft sich bei den Europawahlen im Juni eine Stärkung der bürgerlichen Kräfte.



### Aber nochmal: Ist nicht das Thema Migration das alles beherrschende Thema in Europa, das die Rechtspopulisten stärkt?

Ja, wir waren seit 2015 zwar gut in der Problembeschreibung, aber nicht in der Problemlösung. Populisten nimmt man den Wind aus den Segeln, wenn man die Probleme, die sie ankreiden, wegräumt. Da erhoffe ich mir schon, dass der EU-Asylkompromiss einen Beitrag dazu leistet. Es sind natürlich noch weitere Maßnahmen nötig, weil sich sonst die Anerkennungsquoten am Ende wieder den Schleppern ausliefern. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit den Staaten Nordafrikas notwendig – mit Tunesien haben wir bereits ein Abkommen. Ich halte aber auch den Ansatz des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder für richtig, in Deutschland über eine Verfassungsänderung nachzudenken, um uns europakompatibler zu machen.

### Der Krieg in der Ukraine läuft un- vermindert weiter. In den USA ist eine weitere Amtszeit des Russlandfreundlichen Ex-Präsidenten Trump nicht ausgeschlossen. Ist die EU in der Lage, die Rolle des Hauptwaffenlieferanten zu übernehmen?

Ich war 2023 zwei Mal in den USA und habe viele Gespräche geführt. Die Republikaner haben sich im Senat versteift, Gelder für die Ukraine und Israel nur freizugeben, wenn die Grenzsicherung zu Mexiko verbessert wird. Und wenn bei uns zugleich ein Land wie Ungarn alles blockieren kann, was europäische Hilfen für die Ukraine betrifft, dann wird es heikel. Denn am Ende des Tages bedeutet eine Niederlage der Ukraine auch eine Niederlage unseres Werteverständnisses. Das Schlimme an dem furchtbaren Krieg in der Ukraine ist, dass es eine Kraft gibt, die auf Zeit setzt, weil sie Zeit hat, weil sie menschenverachtend Truppen an der Front verheizt. Putin glaubt, diesen

Verschleißkrieg gewinnen zu können, weil Amerika ermüdet, Europa nicht einig ist und die Bundesregierung keine zeitnahen Antworten findet. Ich bin da aber nicht so pessimistisch, was den Wahlausgang in den USA betrifft. Und auch in Washington wird verstanden, was es bedeuten würde, wenn russische Territorialansprüche militärisch durchgesetzt würden.

## «Europa ist nicht nur ein geographisches, sondern ein politisches Projekt.»

### Wie sollte die EU das künftige Verhältnis zu China gestalten?

Wir Deutschen haben ein sehr ambivalentes Verhältnis zu China. Auf der einen Seite hat uns der Export nach China geholfen, aus der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 am besten von allen Ländern herauszukommen. Auf der Sollseite sehen wir aber, dass sich das System von Xi Jinping in eine Richtung entwickelt, die es schwierig macht, überhaupt Vereinbarungen zu treffen, geschweige denn Vereinbartes auch durchzusetzen – siehe Hongkong. Die Politik in Peking testet schon länger aus, was sie machen kann, ohne dass die westliche Staatengemeinschaft interveniert. Deswegen schauen wir sorgenvoll nach Taiwan und auf die Ansprüche, die China hier stellt. Peking entwickelt sich von uns weg und nicht auf uns zu. Es spielt bereits jetzt seinen Ressourcenreichtum massiv gegen uns aus. Wir mit

unserer hohen Exportabhängigkeit werden nicht um eine Diversifizierung unserer Handelspartner herumkommen.

### Vor der Tür der EU stehen mehrere Beitrittskandidaten. Wie muss sich die EU vor einer Erweiterung selbst institutionell reformieren, um künftig noch handlungsfähig zu sein?

Das Zauberwort ist das Einstimmigkeitsprinzip, davon müssen wir wegkommen. Allerdings geht das nur durch Vertragsänderung und die geht auch wieder nur einstimmig. Deshalb müssen wir uns auch andere Modelle überlegen. Ich nenne mal das Beispiel Schengen, das auch nicht durch eine Vertragsänderung entstanden ist, sondern weil zehn souveräne Staaten beschlossen haben, untereinander Grenzkontrollen abzubauen. Als die anderen Staaten gesehen haben, was das für Vorteile bringt, ist es gelungen, das auch ins Vertragswerk aufzunehmen. Vergleichbares Potenzial gibt es beispielsweise in der Außenpolitik oder der Rüstungsbeschaffung.

### Zur Finalität der EU: Welche Länder sollten und können noch EU-Mitglied werden und wo ziehen wir den Schlusstrich?

Europa ist nicht nur ein geographisches, sondern ein politisches Projekt. Die Erweiterung um die Länder des westlichen Balkans ist in unserem Sicherheitsinteresse. Der Wahlkampf in Serbien hat wieder deutlich gemacht, wie verschiedene Kräfte versuchen, in diesem Raum mitzureden. Russland, Türkei, China und auch die EU. Wir haben langfristig das glaubwürdigste Angebot. Es geht aber auch um eine politische Weiterentwicklung. Wir müssen über Politikfelder nachdenken, wo wir mehr Europa brauchen, wo weniger.

### Welche Rolle wird Bayern künftig in der EU spielen?

Der Vorteil Bayerns ist seine geographische Lage, ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Wer im Herzen eines Kontinents liegt, hat fast nur Vorteile. Ein paar Herausforderungen gibt es auch – so sind wir Transitland Nummer eins. Nicht Österreich, wie immer behauptet wird. Ich werde oft gefragt, wie könnt ihr Bayern euer Selbstverständnis behalten, eure Traditionen und eure Identität bewahren und trotzdem europäisch so engagiert sein. Da sind wir auch Vorbild für viele Regionen, denn außer Bayern und vielleicht Südtirol hat das sonst keine Region geschafft.

### Was hat uns eigentlich die EU gebracht, welche drei konkreten Dinge fallen Ihnen da ein?

Der erste Punkt, das ist der Friede. Die EU ist die größte Friedensbewegung, die es je gegeben hat, ohne dass sie jeden Freitag dafür demonstriert. Sie hat es geschafft, Frieden auf diesen Kontinent zu bringen, das ist die ganz große Errungenschaft. Punkt zwei: Wir sind der Kontinent mit dem höchsten sozialen Schutz, also Solidarität, für die, die sie brauchen. Drittens hat die EU Wohlstand für die Menschen geschaffen. Wenn wir uns auf diese drei Dinge konzentrieren, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Wir brauchen einen Ordnungsrahmen, der Kreativität, Technologieoffenheit und Wertschöpfung zulässt, aktuell etwa bei der Künstlichen Intelligenz. Verbote sind der falsche Weg, wie das Beispiel Gentechnik gezeigt hat. Als es um die Herstellung von Insulin ging, da wurde schnell klar, wir haben uns aus einer Technik verabschiedet, die die Menschen benötigen. Es war dann mühsam, dieses Rad wieder zurückzudrehen.

### Herr Ferber, vielen Dank für das Gespräch. —

## Zur Person

### 1965

- geboren 1965

- Seit 2020 Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung

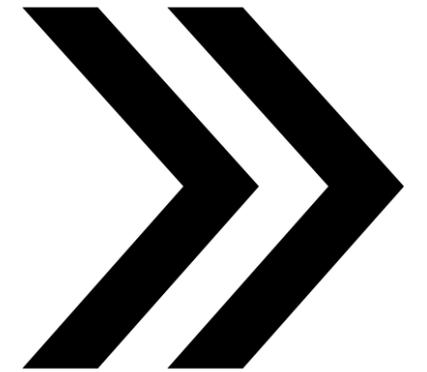
### Parteiämter

- 2005-2023 Bezirksvorsitzender der CSU Schwaben, jetzt Ehrenvorsitzender des CSU-Bezirksverbandes
- 1999-2005 Kreisvorsitzender der CSU Augsburg-Land
- 1990-1994 Bezirksvorsitzender der JU-Schwaben

### Politische Mandate

- Seit 1994 Abgeordneter des Europäischen Parlaments
- Seit 2014 Sprecher der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung
- 1999-2014 Vorsitzender der CSU-Europagruppe
- 2009 und 2014 Spitzenkandidat der CSU für die Europawahl
- 1999-2014 Vorsitzender der CSU-Europagruppe

## 2024



# AMERIKAS EUROPAPOLITIK IM WANDEL



**Autor:**  
**Christian Forstner**  
Leiter der Verbindungsstelle  
in Washington D.C.,  
Hanns-Seidel-Stiftung



**Im Westen nichts Neues – so hieß über Jahrzehnte Europas Analyse der transatlantischen Beziehungen. Die transatlantische Arbeitsteilung funktionierte und sie war erfolgreich. Doch Amerikas Europapolitik befindet sich im Wandel.**

Amerika ist Europas Schutzmacht; die EU stabilisiert und demokratisiert den Kontinent. „Europe whole, free and at peace“ war das Leitmotiv der amerikanischen Europapolitik. Amerikas Nachkriegspräsenz in Europa war eine Erfolgsgeschichte. Mit Amerika an seiner Seite wurde Europa ein Raum des Friedens, der Demokratie und des Wohlstands. Der eiserne Vorhang fiel, die Sowjetunion implodierte. Nach dem Sieg im Kalten Krieg investierte man nicht mehr groß in die transatlantischen Beziehungen. Denn sie waren ja ein Selbstläufer, genauso wie der vermeintlich unweigerliche Siegeszug der liberalen Demokratie, so der verbreitete Glaube, der letztlich ein Irrglaube war. Die US-Militärpräsenz in Deutschland fiel von 300.000 auf 30.000 Soldaten. Das Scheitern von TTIP wurde auf beiden Seiten des Atlantiks mit gleichgültigem Achselzucken hingenommen.

#### Disruptive Trump-Wahl

Die Zäsur im transatlantischen Verhältnis kam 2016, sie kam heftig und sie hatte einen Namen: Donald Trump.

Trump, Brexit und das Scheitern von TTIP verdeutlichten eine Entwicklung, die nicht jedem sofort klar war: Amerikas Bindung an Europa nimmt ab, Nationalismus und Protektionismus wachsen an. Washington ist nicht mehr der Garant einer multilateralen regelbasierten Weltordnung, sondern hat Eigeninteressen und setzt diese auch gegen befreundete Staaten durch. Auch die Biden-Administration handelt protektionistisch und steht innenpolitisch unter Druck. Knappe Mehrheiten im Kongress, Drogen- und Migrationskrisen, Schulden und Haushaltssperre, wirtschaftliche Ungleichheit und soziale Spannungen engen die Handlungsoptionen jeder Administration ein. Amerika will nicht abgelenkt werden, weder von seinen eigenen Problemen noch von der Konfrontation mit China. Für viele Entscheidungsträger in Washington ist Europa eine Ablenkung von Asien. Russland ist eine Großmacht im Abstieg, China eine Weltmacht im Aufstieg. Die nationalen Sicherheitsstrategien der Trump-Administration und der Biden-Administration brachten die geopolitische Lage übereinstimmend auf den Punkt.

#### Unkenntnis bei klarer Erwartungshaltung

Amerikas Blick auf Europa ist geopolitisch und transaktional. Amerikas Bindeglied zu Europa war und ist die NATO. Hier haben die USA das Sagen, sie sind Primus inter Pares. Mit der EU dagegen fremdelt man in Washington. Brüssels

# «Amerikas Bindung an Europa nimmt ab, Nationalismus und Protektionismus wachsen an.»

34

Entscheidungswege sind kompliziert, bürokratisch und langwierig. Der alte Kontinent ist ein politischer Zwerg, schwächelt jetzt auch wirtschaftlich und wird zum Sozialfall. Amerikas Wissen über Europa ist begrenzt, doch die Erwartungshaltung ist klar:

- **Amerika sieht Europa beim Wiederaufbau der Ukraine in der Pflicht.**
- **Europa muss deutlich mehr für die eigene Verteidigung tun. Der Verdruss über Europas ungenügende Verteidigungsfähigkeiten ist parteiübergreifend.**
- **Europa muss Amerikas Eindämmungspolitik gegenüber China mitgehen und in der China-Politik zu einer realistischen Analyse kommen.**

Unter Joe Biden, einem überzeugten und manche sagen dem letzten Transatlantiker im Weißen Haus, brachen transatlantische Flitterwochen an. Neben dem Ukraine-Krieg wirkte die Weiterentwicklung der EU-China-Politik mit der zunehmenden Einstufung Chinas als Wettbewerber und Systemrivale einigend. Europas illusorische Ambition strategischer Souveränität zerbarst auf den Schlachtfeldern in Osteuropa, den Bloodlands, wie der Yale-Historiker Timothy Snyder diese Räume nannte. Sicherheit in Europa geht nicht ohne Amerika, das zeigte der Erste und der Zweite Weltkrieg, der Kalte Krieg und jetzt wieder der Ukraine-Krieg. Amerika hat

den Stresstest bestanden und steht als Schutzmacht an der Seite Europas. Doch zur Wahrheit gehört auch: Der Ukraine-Krieg nutzt den US-Interessen. Die Europäer geben mehr für ihre Verteidigung aus und kaufen US-Rüstungsprodukte. Sie kappen die Energiebeziehungen zu Russland und importieren jetzt teures LNG-Gas aus Amerika. Russland wird militärisch geschwächt, ohne dass die USA mit eigenen Truppen involviert sind.

## Geopolitische Wirtschaftsblöcke: ein starkes Europa an der Seite Amerikas

Washington denkt geopolitisch und Europa ist eine wichtige Größe in der geopolitischen Rechnung Washingtons. Dass Europa jetzt geopolitisch denkt und zunehmend handelt, wird in Washington aufmerksam wahrgenommen. Washington begrüßt die geostrategischen Überlegungen zur EU-Erweiterungspolitik auf dem Westbalkan. Und das neue Brüsseler Denken in Kategorien wirtschaftlicher Sicherheit deckt sich mit den Konzepten Washingtons, die schon lange Wirtschaft und Verteidigung als entscheidende Faktoren von nationaler Sicherheit definiert hatten. Vordenker in Washington sehen heute die Perspektive, dass der transatlantische Wirtschaftsraum zum Kern eines geopolitischen Wirtschaftsblockes wird, der die globalen Ambitionen des autoritären, staatskapitalistischen China



*In Washington fremdelt man mit Europa. Die USA haben sich mittlerweile andere Schwerpunkte gesetzt.*

35

in Schach hält. Laut Amerika könnte Europa entweder zum Spielball chinesischer oder russischer Machtinteressen werden oder als Partner Amerikas zu einem globalen Akteur mit geopolitischem Bewusstsein reifen.

## Transatlantischer Sturm bei Wiederwahl Trumps

Nicht auszuschließen ist aber auch das drastische Szenario, dass Donald Trump die Wahl im November 2024 gewinnt und Amerika wieder auf disruptiven Konfrontationskurs bringt. Dann stünden die Zeichen auf transatlantischem Sturm. Unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl 2024 in den USA muss Europa seine globale Handlungsfähigkeit stärken. Die Mehrheit in Washington wünscht sich ein starkes, transatlantisch verankertes Europa mit geopolitischem Realismus an der Seite Amerikas. —

# «Unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl 2024 in den USA muss Europa seine globale Handlungsfähigkeit stärken.»

# EU-BEITRIFF FÜR DEN WESTBALKAN?

# S

36

**Schon lange stand die Tür der Europäischen Union nicht mehr so weit offen für die sechs Länder des Westbalkans wie jetzt. Die EU-Erweiterungsmüdigkeit scheint seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine verfliegen zu sein.**

Geostrategische Faktoren leiten die EU angesichts einer wachsenden internationalen Konkurrenz- und Konfliktsituation. Doch sind die Westbalkan (WB)-Beitrittskandidaten nun auch selbst bereit und in der Lage, den unabdingbaren Reformkriterien für eine EU-Voll-Mitgliedschaft zu entsprechen? Im Moment leider nicht. Rechtsstaatsreformen sind, so das Ergebnis des jüngsten EU-Kommissionsberichts, in allen sechs Staaten des Westbalkans nur unvollständig verwirklicht. Die EU empfiehlt deshalb eine graduelle EU-Integration als Kompromisslösung.

20 Jahre nach dem „Versprechen von Thessaloniki“ im Jahre 2003, also der EU-Zusage an die Länder Südosteuropas, ihnen eine realistische und zeitlich limitierte EU-Beitrittsperspektive zu bieten, kommt nun wieder Bewegung in den EU-Integrationsprozess. Obwohl sich schon seit mehr als einem Jahrzehnt für die EU die besondere geostrategische Bedeutung Südosteuropas

insgesamt und speziell des Westbalkans (WB) aufgrund zunehmender dortiger Einflussnahme externer Mächte wie Russland, China, Türkei oder auch Saudi-Arabien abzeichnete, blieb es vonseiten der EU bei vagen Absichtsbekundungen. Dies allerdings ungeachtet der Tatsache, dass die EU nach wie vor im Westbalkan weitaus größter Investor ist und zudem im Rahmen der IPA-Hilfe (Instrument for Pre-Accession) die Beitrittskandidaten nachhaltig unterstützt.

#### Der Ukraine-Krieg und seine Auswirkungen

Der Beginn des Kriegs in der Ukraine im Februar 2022 hat die geostrategischen Wahrnehmungen der EU in Bezug auf den Westbalkan nachhaltig verändert. Der Westbalkan, von EU-Seite gerne vereinheitlicht, weist in seiner demographischen, ethnischen, soziokulturellen und religiösen Ausprägung erhebliche Unterschiede auf. Russland strebt in Serbien und in der Republika Srpska innerhalb des Staates Bosnien-Herzegowina sowie teilweise auch in Montenegro danach, seinen politischen Einfluss zu maximieren. China versucht, sich im Rahmen seiner globalen „Belt and Road Initiative“ mit enormen Krediten ökonomische Abhängigkeit im Westbalkan zu verschaffen. Grund genug für die EU, sich dort ebenfalls



Dr. Klaus Fiesinger war von 1992 bis 2015 Leiter des Referats für Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Kaukasus und Zentralasien am Institut für Internationale Begegnung und Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung. Seit Januar 2016 ist Dr. Klaus Fiesinger Repräsentant und Regionalleiter für Südosteuropa mit Sitz in Zagreb, Kroatien. Zudem leitet er die Länder-Projekte Albanien, Bulgarien, Kroatien, Serbien und Montenegro und koordiniert Kooperationen mit lokalen Projektpartnern der gesamten Westbalkan-Region.

37

stärker zu positionieren und die EU-Erweiterung in Richtung Westbalkan konkret und verbindlich zu reaktivieren. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte schon im Mai 2023 auf der GLOBSEC in Bratislava das Modell einer graduellen EU-Integration vorgestellt. Dieses Modell wurde am 8. November 2023 im Rahmen der Präsentation der EU-Kommissionsberichte über den Reformstand der WB-6-Staaten nochmals konkretisiert – in einem „Sechs-Milliarden-Euro-Wachstumsplan“ der EU, verbunden mit der Möglichkeit für die WB-6-Länder, dem EU-Binnenmarkt unter der Bedingung weiterer Rechtsstaatsreformen schon vor einer EU-Voll-Mitgliedschaft beizutreten.

#### Voraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft

Weiterhin unabdingbare Voraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft sind und bleiben die „Kopenhagener Kriterien“ von 1993, die eine vollständige Akzeptanz von Rechtsstaat und Demokratie von allen EU-Beitrittskandidaten einfordern. Ob die von der EU-Kommission erwähnte zeitliche Zielsetzung des Jahres 2030 von den WB-6-Kandidaten realisierbar ist, wirft angesichts der Tatsache, dass sich bisher nur zwei von sechs Westbalkan-Ländern in einem schon seit Jahren laufenden Verhandlungsprozess befinden, Zweifel auf:

- **Montenegro** verhandelt seit 2012, zuletzt wurde ein Kapitel 2020 eröffnet und seit sechs Jahren kein Kapitel mehr geschlossen.
- **Serbien** führt seit 2014 Beitrittsverhandlungen, die infolge innen- und auch außenpolitischer Faktoren seit Dezember 2021 ebenfalls stagnieren.
- Für **Albanien** und für **Nord-Mazedonien** brachte die zügige Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine und an Moldau Mitte 2022 zwar den offiziellen Beginn der Beitrittsverhandlungen, beide Länder haben den Verhandlungsmarathon aber noch vor sich.
- **Bosnien-Herzegowina** hat seit Ende 2022 den EU-Kandidatenstatus inne und hofft auf einen Verhandlungsbeginn im Laufe des Jahres 2024. Der **Kosovo** hat Ende 2022 einen EU-Beitrittsantrag gestellt, allerdings steht ein Kandidatenstatus noch aus.

Wie sehen also die EU-Beitrittchancen für den Westbalkan aus? Sie sind mittel- bis langfristig möglich, aber bis dahin ist es noch ein langer und hürdenreicher Weg. —

# WO EUROPA MIT DEN AUFGELEBT WIRD

**Autorin:** Caterina Woerner

Institut für Europäischen und Transatlantischen Dialog,  
Hanns-Seidel-Stiftung, München

39

## M

**Markus Ferber in Temeswar – Europas Kulturhauptstadt 2023.**

In der wegen vieler Häuser aus der österreichischen Kaiserzeit als „Klein-Wien“ bezeichneten Altstadt und praktisch im Mittelpunkt von Temeswar, einer fast kreisförmigen Stadt in Rumänien, liegt unser Hotel. Es ist Herbst an der „Straße der Proklamation von Temeswar“, die an ein 13-Punkte-Papier erinnert, das wenige

Wochen nach der blutigen Revolution von 1989 unter anderem die Abkehr vom Kommunismus und eine zehnjährige Sperre aller Kommunisten für öffentliche Ämter forderte. „Was wäre das für ein Rumänien geworden“, trauerte 2015 die „Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien“ diesen nicht oder schlecht erfüllten Forderungen nach. Die alten Seilschaften von Ceausescus Rumänien bestimmen daher teils bis heute die Politik im Land.

Sanfte Musik von einem selbstspielenden Klavier umhüllt das belebte Geschehen in der Hotelloobby. Herzlich begrüßen sich Dr. Bernd Fabritius, Vorsitzender des Verbandes der Vertriebenen und ehemaliger Bundestagsabgeordneter, Ovidiu Gant, Abgeordneter des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR) im rumänischen Parlament, und der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), Markus Ferber, MdEP.

*Abbildung links:*

*Blick nach vorn in Europas Kulturhauptstadt: Dr. Bernd Fabritius, Vorsitzender des Verbandes der Vertriebenen, Ovidiu Gant, Abgeordneter des Demokratischen Forums der Deutschen im rumänischen Parlament, und der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), Markus Ferber, MdEP, vor der Kathedrale St. Georg in Temeswar.*



Blick nach oben: Der Dom der römisch-katholischen Kirche in Temeswar wurde erst kürzlich renoviert.

## «Rumänien ist Vorbild für den Umgang auf politischer Ebene mit nationalen Minderheiten.»



Temeswar ist Rumäniens Kulturhauptstadt 2023, konnte sich aber schon davor zu einem zentralen Wirtschaftsstandort entwickeln.

Ciprian Petcu, Büroleiter der Stiftung in Bukarest, und Benjamin Bobbe, Referatsleiter für Mittel-, Osteuropa und Russland, besprechen daneben die anstehende Konferenz „Nationale Minderheiten in Rumänien und Europa“.

Seit 25 Jahren und seit dem Inkrafttreten der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen setzt sich die Hanns-Seidel-Stiftung verstärkt für den europaweiten Dialog ein. Es ist eine komplexe gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die viel Einsatz und Ausdauer verlangt. Für 30 Jahre Projektarbeit in Rumänien und Förderung der deutschen Minderheiten wird dem HSS-Vorsitzenden Markus Ferber im Rahmen der Konferenz im Oktober 2023 die goldene Ehrennadel verliehen.

### Auf dem Weg zur Konferenz

Das Programm für den ersten Konferenztag ist eng getaktet. Wir brechen zu Fuß zur „Piata Unirii“, dem Platz der Einheit, auf. Dort erstreckt sich eine mit Kopfstein gepflasterte freie Fläche, umrahmt von Gebäuden im Jugendstil und Barock. Auf der westlichen Seite thront die serbisch-orthodoxe Christi Himmelfahrts-Kathedrale, gegenüber der Dom

zum Heiligen Georg, wo wir bereits erwartet werden. Stolz zeigt uns Johann Dirschl, Generalvikar des Bistums Temeswar, die Besonderheiten des erst kürzlich fertig restaurierten Doms wie die originalen Apostel aus dem 17. Jahrhundert. Markus Ferber erkundigt sich, ob die bis 1989 emigrierten Deutsch-Rumänen wieder Temeswar besuchen. „Einige regelmäßig“, berichtet Generalvikar Dirschl, „um die Gräber ihrer Vorfahren zu pflegen“. Aus dem Raum Augsburg kämen noch heute deutsch-rumänische Aussiedler zu ihm, erzählt Ferber, um sich „nach Möglichkeiten der Entschädigung“ für ihre damals verkauften Grundstücke zu erkundigen. Ausreisewillige mussten damals ihr Eigentum weit unter Wert an den kommunistischen rumänischen Staat verkaufen. „Ein Unrecht, unter dem die ehemaligen Aussiedler bis heute leiden“, betont Ferber.

Zu unserem Abschied wird exklusiv ein Orgelstück gespielt. Im Schnellschritt geht es weiter, so dass nach wenigen Minuten das Nikolaus-Lenau-Lyzeum (entspricht etwa einem Gymnasium) erreicht ist. Gleich zwei Nobelpreisträger hat diese Schule hervorgebracht, eine davon ist die Schriftstellerin Herta Müller, der andere der Chemiker Stefan Hell.

## SEIT 1992

ist die HSS Bukarest vor Ort aktiv

- **Aufbau demokratischer Institutionen eines funktionierenden Rechtsstaates**
- **Zivilgesellschaft, Parteien und Wissenschaft fördern**
- **Vorbereitung auf den Beitritt zur EU und zur NATO**
- **Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität**

### Im Dialog mit der Jugend

Der rumänische Politiker Gant war an dieser Schule Direktor, bevor er sich vor 22 Jahren als Mitglied des DFDR für den Sitz im Parlament in Bukarest aufstellen ließ. Heute lernen hier rund 1.600 Schülerinnen und Schüler, überwiegend von Mitgliedern der deutschen und ungarischen Minderheit, für die Hochschulreife. Der Andrang ist größer als die verfügbaren Plätze. Das und der Mangel an Lehrkräften für den Deutschunterricht stellen momentan die größten Herausforderungen dar, wie Mona Mateiu, Mitglied der Schulleitung, berichtet. Auf dem Weg in eine der Deutschklassen zeigt sie uns die



Markus Ferber im Gespräch mit teilnehmenden Stipendiaten der Hanns-Seidel-Stiftung.

# SCHUTZ NATIONALER MINDERHEITEN

**Dieses vielschichtige Thema umfasst ein breites Spektrum an Fragen:**

- **Rechtliche Instrumente**
- **Demokratische Beteiligung**
- **Bewahrung der kulturellen Identität**
- **Erhalt der Sprache**
- **Auswirkung von Unterdrückung und Diskriminierung einer Volksgruppe auf die Psyche und Gesellschaft**
- **Interethnische Versöhnung und Wiedergutmachung**
- **Verlust der Heimat**

Bibliothek. Ein Lächeln huscht Ferber beim Anblick der Bücher übers Gesicht: „So etwas müssen wir pflegen und bewahren.“ Danach fügt er mit ernster Miene hinzu, dass aber gerade junge Menschen auch im Umgang mit Informationen aus dem Internet besser geschult werden müssen.

Doch zunächst geht es zielstrebig in das Obergeschoss zum Unterricht einer Deutschklasse, wo Ferber sich und auch die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Kürze vorstellt. Aufmerksam und etwas schüchtern hören die Jugendlichen zu. „Mein Auftrag als Europaabgeordneter ist es, Brücken zu bauen, Nationen zu einen und Menschen für die Idee Europas zu begeistern“, erklärt Ferber. Viel Zeit zur Diskussion bleibt nicht, der nächste Termin steht an. In den direkten Kontakt zu gehen und sich einen persönlichen Eindruck vor Ort

zu machen, darauf legt Ferber großen Wert. Gewissenhaft nimmt er die Besuche wahr, hört zu, beantwortet geduldig die Fragen. Ein Charakterzug, den Gant sehr an ihm schätzt, wie er in seiner Laudatio nach der Überreichung der Goldenen Ehrennadel später erwähnen wird.

#### **Anteilnahme in der Synagoge**

Ein Besuch vor dem Beginn der Konferenz steht noch an. Nach wenigen Minuten kommen wir in der Synagoge „Din Cetate“ an, wo Luciana Friedmann, Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Temeswar, Markus Ferber bereits erwartet. Von außen wirkt das kunstvoll verzierte Ziegelbauwerk monumental, von innen etwas düster und minimalistisch. Ein Gerüst ist an einer Wand aufgebaut, mehrere Stellen an den Wänden auf zwei Seiten sind sanierungsbedürftig.

Nach dem Hamas-Angriff auf Israel vom 7. Oktober 2023 wurden aus Sicherheitsgründen alle Synagogen geschlossen. „Eine Notwendigkeit, die bisher in Rumänien nicht bestanden hat“, wie Silviu Vexler, Vorsitzender und Abgeordneter der jüdischen Gemeinde in Rumänien, erläutert. Er ist extra aus Bukarest für die Teilnahme an der Verleihung angereist und erst kürzlich aus Israel zurückgekehrt, wo er Essenspakete für Holocaustüberlebende organisiert hat. Ferber bekundet Trauer und Mitgefühl über die Ereignisse in Israel. Beide tauschen sich über die jüdische Gemeinde in Temeswar aus, sprechen über die Instandhaltung der Synagoge, welche laut Vexler nur sehr langsam realisiert werden könne, da die Gemeinde seit der Enteignung im Zweiten Weltkrieg über keine eigenen Mittel mehr verfüge. Viele vage Zusagen für eine finan-

zielle Unterstützung von offizieller Seite habe er erhalten, dabei blieb es allerdings. „Wir bräuchten keine finanzielle Unterstützung, es würde völlig ausreichen, wenn die Gemeinde das zurückbekommt, was ihr während des Krieges genommen wurde“, betont Vexler abschließend. Ferber und Gant diskutieren über Möglichkeiten für EU-Fördermittel.

#### **Austausch der Nationen**

Am Tagungsort im Adam-Müller-Guttenbrunn-Haus ist der Großteil der Teilnehmer eingetroffen. Neugierig schauen ein paar Seniorinnen aus dem Pflegeheim vom Obergeschoss dem Treiben im Foyer zu.

In dem mit Holz vertäfelten und mit Blumengestecken verschönernten Saal wurden drei Sprechkabinen für die Simultan-Übersetzung aufgebaut,

referiert wird auf Deutsch, Englisch, Rumänisch und Ukrainisch. Die Leiter der rumänischen Behörde für interethnische Beziehungen, Politologen, Historiker, Gemeindevertreter und Regierungsbeauftragte für Minderheiten aus der Ukraine und Moldau sind gekommen, um sich über die Situation in ihren Ländern auszutauschen und von den aus drei Jahrzehnten gewonnenen Erkenntnissen aus der Projektarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Rumänien zum Schutz von nationalen Minderheiten zu erfahren. „Rumänien ist Vorbild für den Umgang auf politischer Ebene mit nationalen Minderheiten“, betont Ferber. Sogar die türkische und armenische Minderheit würden eng kooperieren. „Wenn das im Großen doch auch gelingen würde!“ Seit 30 Jahren ermöglicht die HSS Bukarest einen Erfahrungsaustausch auf institutioneller und ziviler Ebene, hat

**«Mein Auftrag als Europa-abgeordneter ist es, Brücken zu bauen, Nationen zu einen und Menschen für die Idee Europas zu begeistern.»**

44

Mitarbeiter der Ministerien geschult, diese auf den europäischen Integrationsprozess vorbereitet und sich in weiteren Bereichen engagiert, wie zum Beispiel bei der Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität.

Eine Gruppe von HSS-Stipendiaten ist angereist, sie treffen Ferber vorab persönlich. „Man hat gemerkt, dass er unsere Fragen ernst nimmt und uns auf Augenhöhe begegnet“, lobt Stipendiatin Lea Stritt. Die Vorträge zu juristischen und historischen Entwicklungen beim Schutz von nationalen Minderheiten auf EU-Ebene und die Unterschiede in den Mitgliedsstaaten werden intensiv diskutiert. HSS-Stipendiatin Anna Träutlein beklagt, dass die Geschichten der deutsch-rumänischen Aussiedler in beiden Gesellschaften kaum sichtbar würden. Als Enkelin einer von sowjetischer Deportation und Ver-

treibung betroffenen Deutsch-Rumänin beschäftigten sie die kulturellen Wurzeln ihrer Familie. Da fühle man sich an den Roman „Atemschaukel“ von Herta Müller erinnert, der eindrücklich die Leiden dieser Generation schildert.

Es geht also beim Minderheitenschutz nicht nur um Recht und demokratische Beteiligung, sondern um vieles mehr: um die Bewahrung der kulturellen Identität, den Erhalt der Sprache, darum, wie sich Unterdrückung und Diskriminierung einer Volksgruppe auf Psyche und Gesellschaft auswirken, um Versöhnung, Wiedergutmachung und Verlust der Heimat. Alles hochaktuelle Themen, wie Vortragende aus der Ukraine, der Republik Moldau und der Slowakei am zweiten Konferenztag über ihre nationalen Minderheiten berichten. „Je kleiner eine Minderheit ist, umso mehr muss sie gefördert werden“,

„Minderheitenarbeit ist Friedensarbeit.“ Am Rande der Minderheitentagung überreichte der DFDR-Landesvorsitzende Dr. Paul-Jürgen Porr die Ehrennadel in Gold an Markus Ferber, MdEP, stellvertretend für das jahrzehntelange Engagement der Hanns-Seidel-Stiftung.



45

betont Bernd Fabritius. „Wir haben mit dem Thema dieser Konferenz einen wichtigen Nerv getroffen, das zeigen die Folgeprojekte, die aus dem Austausch dort entstanden sind“, zieht der Europaabgeordnete Markus Ferber Bilanz.

#### Nachdenkliches

Nach zwei sehr intensiven Tagen geht es zurück nach München. In der kleinen, überfüllten Abflughalle hat sich eine unübersichtliche Schlange aus Menschen und Koffern gebildet. Temeswar ist gut besucht, auch noch Ende Oktober. Die von vielen Kulturen geprägte Stadt hat es in den vergangenen Jahren geschafft, an den Glanz früherer Zeiten anzuknüpfen und sich zu einem zentralen Wirtschaftsstandort Rumäniens zu entwickeln – gerade für Unternehmen aus Deutschland. Zahlreiche Gespräche wurden im Rahmen der

Konferenz geführt, jeder hat etwas für sich und seine Arbeit mitnehmen können. Markus Ferber: „Grenzen verlieren innerhalb der EU zunehmend an Bedeutung. Mir ist nochmal klargeworden, dass es sich bei einer nationalen Minderheit nicht um eine homogene Volksgruppe handelt, unterschiedliche Gruppen bilden eine geschlossene Gemeinschaft. Der kulturelle Austausch mit nationalen Minderheiten eröffnet neue Chancen für länderübergreifende Kooperationen innerhalb von Europa.“ Ferber und Fabritius stehen am Gate. Die nächsten Termine warten. Abflug. Noch ein letzter Blick von oben auf diese quirlige europäische Stadt und ihre gastfreundlichen Einwohner. La revedere – auf Wiedersehen! —

**«Der kulturelle Austausch mit nationalen Minderheiten eröffnet neue Chancen für länderübergreifende Kooperationen innerhalb von Europa.»**

**MANFRED****WEBER**

Manfred Weber (51) ist Partei- und Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP). Der niederbayerische Europaabgeordnete (seit 2004) ist auch Stellvertretender Parteivorsitzender der CSU. Von 2002 bis 2004 war der Diplom-Ingenieur der Physikalischen Technik Mitglied des Bayerischen Landtages.

**Die Europawahl ist im Juni und Europa steht vor großen Herausforderungen. Neben dem Krieg in der Ukraine ist die stark zunehmende Migration zum wichtigsten Thema in der EU geworden. Da das Problem seit 2015 ungelöst ist, erstarken überall die rechtsextremen Parteien und gefährden die Demokratien. Wir haben den EVP-Chef dazu befragt.**

**FRAGE****1**

**Die Migrationsfrage entscheidet über Europas Zusammenhalt. Was sollte die EU konkret tun, um das Problem zu lösen?**

Die Migrationspolitik muss auf neue Füße gestellt werden, damit sie langfristig tragfähig ist, sonst ist die Einheit Europas in Gefahr. Die humanitäre Verpflichtung, strikte Kontrollen an den EU-Außengrenzen, Rückführung von irregulären Migranten, Verträge mit den EU-Nachbarn und Solidarität untereinander gehören zusammen – genauso wie im Übrigen die einzelnen Staaten auch national handeln müssen. Es liegt derzeit ein umfassendes Gesetzespaket zur gemeinsamen EU-Migrations- und Asylpolitik auf dem Tisch, das unbedingt abgeschlossen werden muss. Schnelle Ergebnisse bringen aber vor allem Abkommen mit EU-Nachbarstaaten wie der Türkei oder Tunesien.

**FRAGE****2**

**Wenn die USA im Ukraine-Krieg als Unterstützer der Ukrainer ausfallen sollten, kann die EU das alleine stemmen?**

Die europäische Sicherheitsordnung ist durch den verbrecherischen russischen Angriffskrieg in Gefahr. Putin greift damit auch Frieden, Freiheit und Demokratie in ganz Europa und darüber hinaus an. Er darf damit keinen Erfolg haben. Die EU-Staaten haben sich langfristig zur Unterstützung der Ukraine bekannt, durch den Beitrittsprozess auch für die Zeit nach dem Krieg. Sie müssen diese Unterstützung noch konkreter und umfangreicher leisten als bisher. Es ist Aufgabe der Europäer, gemeinsam mit Partnern für Stabilität in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu sorgen.

47

**FRAGE****3**

**Laut Franz Josef Strauß lag Bayerns Zukunft in Europa. Ist das heute noch immer so und wenn ja, warum?**

Strauß' Sichtweise hat weiterhin volle Gültigkeit, nur dass Europa heute keine Zukunftsvision mehr ist, sondern gelebte Realität. Gerade die Beispiele Ukraine und Krieg in Nahost machen deutlich, dass es heute um mehr geht als um Alltagspolitik. Unsere Freiheit, Demokratie und der Wohlstand sind unter Druck. Es sind Fragen von Krieg und Frieden, die sich stellen. Ohne Europa, ohne die europäische Integration, ohne die Garantie von Freunden um uns herum wären viele Gewissheiten auch für uns in Bayern nicht mehr sicher. Bayern ist stark, Deutschland ist stark, aber allein hätten wir in der sich rasant wandelnden Welt keine Chance.

# EMPFEHLUNG

## TAGUNG „DAS HAUS EUROPA GEMEINSAM WEITERBAUEN“

Am Wochenende 20./21. April veranstaltet die Hanns-Seidel-Stiftung in der Benediktinerabtei Ottobeuren eine Tagung zu Fragen rund um die Europäische Union. Der Blick richtet sich auf das christliche Wertefundament, auf die Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit sowie auf eine verantwortungsvolle Erweiterungspolitik.



Hier finden Sie das Programm und den Weg zur Anmeldung.

## THEMENPORTAL „EUROPA“



Hier stehen alle wichtigen und aktuellen Informationen rund um das Thema Europa.

Darüber hinaus konzipieren wir im Europawahljahr zahlreiche Veranstaltungen zu Europa wie beispielsweise zu Wahlen und Wahlrecht, Europa im Belastungstest, Migration und Flucht nach Europa.



Auf unserer Veranstaltungsseite unter [www.hss.de/veranstaltungen](http://www.hss.de/veranstaltungen) können Sie sich im Detail informieren und anmelden.

## WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Bieber, Florian  
**Pulverfass Balkan: Wie Diktaturen Einfluss in Europa nehmen.**  
Ch. Links, Berlin 2023.
- Ferber, Markus (Hrsg.)  
**Digitale Souveränität für Europa: Herausforderung und Zielsetzung.**  
Haufe, Freiburg 2023.
- Garton Ash, Timothy  
**Europa: Eine persönliche Geschichte.**  
Hanser, München 2023.
- Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (Hrsg.)  
**Europas Zukunft mitgestalten.**  
Politische Studien, Magazin für Politik und Gesellschaft, Band 501, München 2022.
- Ishmael, Len  
**Die Beziehungen zwischen der EU und Afrika: Energiefragen und die grüne Wende in Krisenzeiten.**  
Aktuelle Analysen 98 (hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung), München 2023.
- Kirschner, Martin  
**Europa (neu) erzählen: Inszenierungen Europas in politischer, theologischer und kulturwissenschaftlicher Perspektive.**  
Nomos, Baden-Baden 2022.
- Rühle, Alex  
**Europa – wo bist du? Unterwegs in einem aufgewühlten Kontinent.**  
dtv, München 2022.
- Theisen, Heinz  
**Selbstbehauptung: Warum Europa und der Westen sich begrenzen müssen.**  
Olzog, München 2022.
- Weidenfeld, Werner u.a. (Hrsg.)  
**Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration.**  
Springer, Wiesbaden 2023.

# AN DEN HERAUS- FORDERUNGEN WACHSEN

## Neuer Schwung für Erweiterung und Reform der EU

**Autor: Dr. Benjamin A. Hahn**

Referatsleiter für Verfassung, Europäische Integration, Innere Sicherheit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

**Nicht nur die Beitrittskandidaten, sondern auch die Europäische Union selbst müssen fit für eine erneute Erweiterung werden.**

Klima, Migration, internationale Konflikte – die Liste der Herausforderungen, vor denen Europa gegenwärtig steht, ist lang. Jeder Krise wohnt jedoch die Chance zur Erneuerung inne. Das zeigt sich insbesondere in der neu entfachten Debatte zur Erweiterung und Reform der EU.

**«Der Wille zu einer erneuten Erweiterung der EU ist so ausgeprägt wie lange nicht mehr.»**

Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist die EU-Erweiterungspolitik in ihrer geostrategischen Bedeutung in den Blick gerückt, was durchaus im Interesse unserer transatlantischen Partner liegt. Der Wille zu einer erneuten Erweiterung der EU ist nicht nur unter Politikern, sondern auch in der Breite der Bevölkerung so ausgeprägt wie lange nicht mehr. So hat der Europäische Rat am 14. Dezember 2023 beschlossen, mit der Ukraine und der Republik Moldau Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Ob damit auch neuer Schwung

in die bereits laufenden Beitrittsprozesse kommt, bleibt allerdings abzuwarten. Bisher reichen die Bemühungen der beitrittswilligen Staaten noch nicht aus.

Gleichzeitig nimmt auch der innereuropäische Reformprozess Fahrt auf: Im Oktober 2023 hat der Europäische Rat in der Erklärung von Granada betont, dass Erweiterung und EU-Reformen Hand in Hand gehen müssen. Die deutsch-französische Expertengruppe zu institutionellen Reformen der Europäischen Union und das Europäische Parlament haben bereits konkrete Empfehlungen vorgelegt. Allen Vorschlägen ist dabei gemein, dass sie die Handlungsfähigkeit der EU erhöhen wollen. Dies könnte vor allem durch eine Ausweitung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat erreicht werden.

Gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik spricht Europa bisher zu selten mit einer Stimme.

Das Möglichkeitsfenster für eine institutionelle Erneuerung der EU steht momentan weit offen. Die anstehenden Europawahlen werden zeigen, ob ein erweitertes und reformiertes Europa in den nächsten fünf Jahren Wirklichkeit werden kann. —

# VERTRAUEN IST GUT, REGULIERUNG TUT NOT

## Wie wird Künstliche Intelligenz vertrauenswürdig?

**Autor:** Johannes Welsch  
Referatsleiter Neue Technologien und gesellschaftliche Transformation,  
Akademie für Politik und Zeitgeschehen,  
Hanns-Seidel-Stiftung, München

die Entlastung von Arbeitnehmern und die Eröffnung völlig neuer Handlungsspielräume.

Doch die Gewittergefahr ist im Hochsommer allgegenwärtig: So stehen den Chancen von KI zahlreiche Risiken gegenüber. Intransparenz und Verzerrung auf technischer, Monopolisierung und Oligopolisierung auf unternehmerischer Seite, rücksichtslose Ökonomisierung zuvor solidarisch organisierter Gesellschaftsbereiche und unlauterer Einsatz der neuen Technologie auf gesellschaftlicher Seite sind keine unrealistischen Horrorszenerarien einer durch KI transformierten Welt.

### Wie können wir Vertrauen schenken?

Vor diesem Hintergrund hat – in Bezug auf die unterschiedlichen Akteure der Künstlichen Intelligenz und die Technologie selbst – das Phänomen des Vertrauens an Relevanz gewonnen.

Bislang war uns Vertrauen vor allem als Ressource und Praxis in zwischenmenschlichen Beziehungen gegenwärtig. Vertrauen wird geschenkt, um Kooperationen zu erleichtern oder gar erst zu ermöglichen, und überbrückt dabei Leerstellen des Wissens. Wo Vertrauen geschenkt wird, besteht das Risiko, dass es enttäuscht wird. Wieso wird es dennoch geschenkt? Der Philosoph Martin Hartmann stellt in seinem 2022 erschienenen Buch „Die Praxis des Vertrauens“ fest, dass Vertrauen trotz Unsicherheit und Unwissen nicht irrational ist. Vertrauen ist selten „blindes Vertrauen“, meist bedeutet es mehr als „bloßes Hoffen“. Vertrauen beruht auf Gründen, die vielfältig sein können: Es kann durch Erfahrungen, personenbezogene Eigenschaften (zum Beispiel Alter oder erworbene Kompetenzen) der Person, der vertraut wird, begründet werden oder durch Normen, die den Vertrauensmissbrauch bestrafen.

In jedem Fall aber wird Vertrauen erst durch ein grundlegendes gemeinsames Wertegerüst ermöglicht: Wo keine grundsätzliche Einigkeit über elementare Bestandteile des Menschen-, Gesellschafts- und Weltbilds besteht, fehlt dem Vertrauen das Fundament. Das gilt nicht nur in zwischenmenschlichen Beziehungen, sondern auch in der Mensch-Institution-Interaktion und in der Mensch-Maschine-Interaktion.

Die schon 2019 von der Hochrangigen Expertengruppe für Künstliche Intelligenz veröffentlichten „Ethik-Leitlinien für eine vertrauenswürdige KI“ verdeutlichen dies. Ihnen zufolge sollte eine KI erstens „rechtmäßig“, zweitens „ethisch“ und drittens „robust“ sein.

Klug wird eine Regulierung sein, wenn sie die Freiheit der Forschung und des Unternehmertums gewährleistet, um so Innovation zu ermöglichen. Sie muss zugleich mutig sein, weil sie nicht erst die konkreten Anwendungen von KI regulieren darf, sondern bereits an den Basismodellen ansetzen muss. Schon in ihnen müssen die genannten Grundsätze gewährleistet werden. Nicht erst in der Nutzung, sondern schon im Training der Algorithmen müssen Würde und Freiheit des Einzelnen gesichert werden. Die Basismodelle legen die Grundlage für die Anwendung: Sie sind das Fundament einer KI, die sich des individuellen wie gesellschaftlichen Vertrauens würdig erweisen kann. —

## «Der Gesetzgeber muss die KI von Beginn an klug und mutig regulieren.»

### Wie können wir Vertrauenswürdigkeit gewährleisten?

In den „Ethik-Leitlinien“ wird festgestellt: „Europa muss definieren, welche normative Vision einer von KI durchdrungenen Zukunft es verwirklichen möchte [...]“. Um die Vertrauenswürdigkeit von KI zu gewährleisten, muss sich die Gesellschaft also zuvorderst über ihr Menschen-, Gesellschafts- und Weltbild verständigen. Sie muss sich auf eine Vision einigen, die das politische Alltagsgeschäft überdauert sowie die Rechte und Interessen der – individuellen wie gesellschaftlichen, öffentlichen wie privaten – Akteure dauerhaft berücksichtigt und ausbalanciert.

Eine solche Vision muss in der christlich-sozialen Überzeugung von der Würde des Menschen gründen, die sich in seiner (individuellen wie unternehmerischen) Freiheit, seiner subsidiären Verantwortlichkeit und in der sozialen Sicherung der Schwächsten manifestiert.

Auf dieser Grundlage muss der Gesetzgeber – Stichpunkt „rechtmäßig“ – KI von Beginn an klug und mutig regulieren.



Johannes Welsch: „Schon im Training der Algorithmen müssen Würde und Freiheit des Einzelnen gesichert werden.“

Hören Sie zum Thema KI zwei Interviews:



Professor Erich Hilgendorf, Jurist an der Universität Würzburg, zu Fragen über rechtsphilosophische Aspekte.



Professor Dr. Patrick Glauner von der Technischen Hochschule Deggendorf spricht über maschinelles Lernen und welche Kompetenzen die Menschen hierfür brauchen.

**Die Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz (KI) sind zahlreich. Um Vertrauen in die Technologie zu schaffen, müssen wir sie auf der Grundlage eines gemeinsamen Menschen- und Gesellschaftsbildes klug und mutig regulieren.**

### Im KI-Hochsommer

Nachdem die Künstliche Intelligenz 1956 auf der Dartmouth Conference als Teilgebiet der Informatik begründet worden war, wechselten sich Phasen der Euphorie und der Ernüchterung, sogenannte KI-Winter, ab. Seit ChatGPT im November 2022 vor aller Öffentlichkeit den Beweis der fast universellen Anwendbarkeit von Generativer KI angetreten hat, befinden wir uns in einem dauerhaften Hochsommer der Technologie.

Freilich wurden schon zuvor die Potenziale für zahlreiche Anwendungsfelder beschworen: Industrie, Dienstleistungsgewerbe, öffentliche Daseinsvorsorge und viele mehr sollen vom Einsatz Künstlicher Intelligenz profitieren. In der Tat ermöglicht sie die Erhöhung von Effizienz und Qualität,



# MEHR GELD FÜR DIE VERTEIDIGUNG

**Die äußere Sicherheit des Landes muss gewährleistet sein**

**Autor:** Thomas Schwappacher

Stabsfeldwebel, Stellvertreter des Bundesvorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes

## T

**Trotz angekündigter Zeitenwende hat sich in Bezug auf die Verteidigung Deutschlands nicht viel getan. Hier muss gewaltig nachgebessert werden, soll Deutschland auf die Dauer verteidigungsfähig bleiben.**

Es war die Zeit der großen Gefühle: Auf die Erschütterung über den russischen Überfall auf die Ukraine folgte drei Tage später eine Art grimmiger Genugtuung. Eine Zeitenwende hatte der Bundeskanzler erkannt, ein Sondervermögen ausgerufen und tatsächlich obendrauf die Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels versprochen. Dass zumindest Letzteres dann doch nicht so gemeint war, hat die Stimmung nicht grundsätzlich trüben können. Allen war klar: Das war eine Riesenchance für Deutschland und die Bundeswehr. Aber auch eine, die nie wieder kommen würde und deswegen unbedingt genutzt werden musste. Das Ziel lag klar auf der Hand: Wir brauchten schnellstmöglich voll ausgestattete und einsatzbereite Streitkräfte. Überflüssig zu erwähnen, dass das nicht zu schaffen wäre ohne eine grundlegende Neuaufstellung der industriellen Basis.

**Ernüchterung macht sich breit**

Jetzt, fast zwei Jahre später, macht sich eine gewisse Ernüchterung breit. Den selbst gesetzten Zielen sind wir nicht viel nähergekommen. Schlimmer noch: Auch wegen der Abgabe von Gerät und Munition an die Ukraine steht die Bundeswehr derzeit schlechter da als zu Beginn des Krieges. Und das, obwohl die Fakten nicht nur klar auf der Hand liegen – sie sind auch immer wieder benannt worden.

Es ist jetzt gut ein Jahr her, dass unser Bundesvorsitzender Oberst Wüstner öffentlich gefordert hat, in eine „Art Kriegswirtschaft“ überzugehen. Um es vorwegzunehmen: Es lief exakt der Mechanismus ab, der auch auf die Forderung von Verteidigungsminister Pistorius nach „Kriegstüchtigkeit“ folgte. Man rieb sich an Worten, ohne sich ernsthaft mit dem Gedanken dahinter auseinanderzusetzen. Wenn man damals mit der Industrie über die großen Linien gesprochen hätte, dann hätten die Unternehmen gleich mit dem Einkauf beginnen können – Rohstoffe, Elektronikbauteile und vieles mehr. Wenn man rechtzeitig Sicherheit

## «Eine vollausgestattete Bundeswehr wäre auch ungleich attraktiver für den so dringend benötigten Nachwuchs.»

54

für die Industrie geschaffen hätte, dann hätten Kapazitäten aufgebaut werden können, Produktionsstraßen wären eingerichtet worden, man hätte finanzielle Sicherheit für die notwendigen Investitionen schaffen können. Die Rüstungsindustrie hätte unter Volldampf genommen werden müssen, die Lücken, die die vielfältigen Abgaben von Gerät und Munition an die Ukraine in unsere Bestände gerissen haben, hätten wieder aufgefüllt werden können. Deutschland könnte damit beginnen, sich den Nato-Standards wieder anzunähern. Eine vollausgestattete Bundeswehr wäre übrigens auch ungleich attraktiver für den so dringend benötigten Nachwuchs.

### Sicherung der Nato-Außengrenze zu Russland

Und das Ergebnis? Nichts dergleichen ist passiert. Stattdessen haben wir viel Zeit verloren. Zeit, in der die Ukraine sich – vom Westen zu schwach gerüstet – in einem verlustreichen Stellungskrieg festgefahren hat. Zeit, in der Russland nicht nur seine Gesellschaft, sondern auch seine Wirtschaft konsequent auf Krieg umgestellt hat. Im Jahr 2024 will Präsident Putin nach Medienberichten umgerechnet rund 109 Milliarden Euro ins Militär investieren – gut ein Drittel der Gesamtausgaben. Zugleich will er die

Zahl der bewaffneten Kräfte auf rund 1,32 Millionen Menschen erhöhen. Experten sagen: Eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Russland an der Nato-Außengrenze innerhalb der nächsten zehn Jahre ist durchaus im Bereich des Möglichen.

Wieviel Zeit bleibt uns noch? Sind die genannten zehn Jahre die Grenze? Oder schlagen wir viel eher auf dem Boden der Realität auf, wenn 2025 ein möglicher US-Präsident Trump nicht nur die Unterstützung der Ukraine einstellt, sondern auch gleich die der gesamten Nato? Ich frage mich ernsthaft, warum diese Szenarien allseits als möglich, sogar wahrscheinlich eingeschätzt werden, aber außer Sonntagsreden nichts passiert? Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler und der ehemalige Bundesaußenminister Joschka Fischer halten mittlerweile sogar eigene Europäische Atomwaffen für notwendig. Wie soll das gehen in Zeiten, in denen ernsthaft die Frage diskutiert wurde, ob die Rüstungsindustrie „nachhaltig“ sei?

### Notwendige Entscheidungen

Pessimismus ist ebenso wenig erlaubt wie Aufgeben. Wir müssen auf allen Kanälen mehr Geld für die Verteidigung



Thomas Schwappacher: „Gerade jetzt, wo die Ampel um den Haushalt ringt, müssen wir mehr Geld für die Verteidigung einwerben und erklären, warum das Sondervermögen zu knapp bemessen war.“

55

einwerben und erklären, warum das Sondervermögen zu knapp bemessen war. Warum überall gespart werden kann, aber nicht an der äußeren Sicherheit. Wenn es uns gelingt, einen gesellschaftlichen Konsens darüber herzustellen, dass wir unsere Freiheit, unsere Lebensart und unseren Wohlstand notfalls auch mit Gewalt zu verteidigen bereit sind, wir alle verstehen, dass diese Verteidigung ihren Preis hat, dann findet Politik hoffentlich auch den Mut zu vordergründig unpopulären Entscheidungen. Eine der ersten sollte sein, Abschied zu nehmen von den moralisch erhabenen, praxisfernen Haltungen aus der Zeit der

sogenannten Friedensdividende. Dazu gehört auch eine realistische Position zur Frage des Rüstungsexports, was übrigens auch wichtig für unsere Industrie wäre. Wesentliche Entscheidungen sollten nur noch am übergeordneten Interesse orientiert entschieden werden, Zivilklauseln an Universitäten sollten fallen und grundlegende Überlegungen zu Fragen der Dienstpflicht und – für den Fall der Fälle – auch zur Wehrpflicht angestellt werden. Fakt ist eins: Noch mehr Zeit dürfen wir nicht verlieren – sonst kann es plötzlich zu spät sein. Sage dann nur niemand, er habe von nichts gewusst! —

Hören Sie auch rein in die Statements und Interviews, die Andrea Rotter, Referatsleiterin für Außen- und Sicherheitspolitik der Hanns-Seidel-Stiftung, mit verteidigungspolitischen Expertinnen und Experten (Kim Obergfaell, Thomas Silberhorn, MdB, und Prof. Dr. Karl-Heinz Kamp) zur nuklearen Abschreckung geführt hat.



# ASYLZENTREN IN DRITTSTAATEN

**Angesichts ungebremsster Zuwanderung, hoher Kosten, fehlender Wohnungen, gescheiterter Integration und überforderter Kommunen verlangt die Mehrheit der deutschen Bevölkerung eine Begrenzung der Migration. In einigen europäischen Ländern und auch bei CDU/CSU wird dafür eine Idee geprüft und teils sogar schon vorbereitet: nationale oder europäische Asylzentren in Drittstaaten außerhalb der EU. Ob das realisierbar ist, darüber streiten sich die Geister.**



**Joachim Herrmann, MdL**  
Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration

**JA,**  
denn damit lässt sich  
Humanität und Ordnung  
in Einklang bringen.

Zum Stopp eines ungebremssten und unkontrollierten Zugangs und zur Begrenzung der Zuwanderung könnten nationale oder europäische Asylverfahren in Drittstaaten wesentlich beitragen. Mit Verfahren außerhalb Deutschlands könnten wir es schaffen, Leben zu retten und das Ertrinken im Mittelmeer zu stoppen, aber auch die irreguläre Migration im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention zu reduzieren. Der Anreiz, sich auf lebensgefährliche Routen zu begeben, würde deutlich sinken.

Wie das mit entsprechendem politischen Willen funktionieren kann, illustriert uns das Abkommen zwischen Italien und Albanien, wo es ab 2024 eine Vereinbarung über zwei Aufnahmezentren für Mittelmeerflüchtlinge geben soll. Die Bundesregierung lässt diesen Willen leider vermissen.

Wir wollen ein humanes und kontrolliertes Asylmanagement, bei dem Schutzsuchende gar nicht erst nach Europa kommen, um einen Antrag auf Asyl zu stellen. Mit diesem System täte sich die ganze EU leichter, Schutzberechtigte innerhalb Europas gerecht zu verteilen und Nicht-Schutzberechtigte gar nicht erst in die EU einreisen zu lassen.

Wer sich mit Transparenten auf die Straße stellt und skandiert „kein Flüchtling ist illegal“, muss sich bewusst sein, dass die Migrationspolitik der beliebig offenen Tore in einer Sackgasse enden wird. —

# SINNVOLL ODER NICHT?



**Ulrich Kober**  
Experte für Migration und Integration bei der Bertelsmann Stiftung

**NEIN,** denn sie  
werden in absehbarer Zeit  
nicht realisierbar sein.

Die Idee klingt theoretisch gut: Asylverfahren in Drittstaaten helfen Europa, Asylsuchende ohne Schutzstatus erst gar nicht aufnehmen zu müssen. Das erklärt, warum dieser „Lösungsansatz“ immer wieder auftaucht und von Ländern wie dem Vereinigten Königreich, Dänemark, Österreich und zuletzt auch Deutschland favorisiert wird.

So hält auch Joachim Stamp, der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, eine Auslagerung der Asylverfahren aus der EU für wünschenswert, räumt allerdings ein, dass es noch keinen „geeigneten Staat“ dafür gäbe. Theorie und Praxis kommen in diesem komplexen Feld nicht zusammen und es ist unwahrscheinlich, dass sich daran bald etwas ändert. Deshalb sollten Pragmatismus walten und praktikable Wege der internationalen Zusammenarbeit für die Herausforderungen der Fluchtmigration beschritten werden. Erstaufnahmeländer und UNHCR sind noch viel intensiver dabei zu unterstützen, dass Flüchtlinge in der Nähe ihrer Herkunftsländer bleiben und menschenwürdig leben können.

Außerdem bedarf es immer wieder neuer Versuche der Staatengemeinschaft, Konflikte zu entschärfen und Fluchtursachen zu beseitigen, damit Flüchtlinge in ihre Heimatländer zurückkehren können. Schließlich werden die Erstaufnahmeländer durch Resettlement entlastet, wobei auch die EU eine aktivere Rolle spielen könnte. —

PRO

CONTRA

# «WAS MACHT EIGENTLICH ...?»



**EDMUND  
STOIBER**

**Der ehemalige Bayerische Ministerpräsident kommt kaum zur Ruhe. Denn er ist ein gefragter Gesprächspartner, Ratgeber und Fußballfan. Was Stoiber jeden Tag eisern durchhält, hat er uns verraten.**

**Autor: Dr. Edmund Stoiber**

Ich bin mit zwei Schwestern in einem sehr politischen Elternhaus aufgewachsen. Bei uns wurde immer über Politik gesprochen. Meine Mutter stammte aus Dormagen und als Rheinländerin interessierte sie sich für Adenauers Politik. Mein Vater arbeitete in einem großen Bauunternehmen, dessen Fortbestand und Erfolg durch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse entscheidend mitgeprägt worden sind. So wurde mein Interesse an Politik von klein auf geweckt und ist über die Jahre hinweg gewachsen. Ich bin ein durch und durch politisch denkender Mensch. Aber die prägendsten Jahre waren meine Jahre an der Seite von Franz Josef Strauß.

**«DIE PRÄGENDSTEN JAHRE WAREN MEINE JAHRE AN DER SEITE VON FRANZ JOSEF STRAUSS.»**

Heute nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik bin ich immer noch politisch interessiert, das verliert man nicht. Aber jetzt habe ich mehr Zeit für meine Familie. Meine Frau und ich haben drei Kinder und mittlerweile neun Enkelkinder: Das Jüngste ist gerade sechs Monate alt, der älteste Enkel 24 Jahre. Es macht Freude zu sehen, wie sich junge Menschen entwickeln.

Als Ehrenvorsitzender der CSU bekomme ich noch jeden Tag im Durchschnitt bis zu zehn Einladungen zu den unterschiedlichsten Veranstaltungen. Und auch im vergangenen Landtagswahlkampf erreichten mich viele Anfragen, politisch unterstützend zu wirken. Das zeigt mir, dass ich immer noch politisch „on Board“ bin.

Beruflich bin ich als gelernter Jurist weiterhin in der anwaltlichen Beratung tätig, so sitze ich zum Beispiel im Beirat

der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte. Und als langjähriger Fan vom FC Bayern München ehrt es mich, dass ich wieder als Vorsitzender des Verwaltungsbeirats gewählt worden bin. Früher bin ich übrigens zu fast allen Auswärtsspielen des FC Bayern in der Champions League mitgeflogen. Jetzt im Alter schaffe ich das nicht mehr. Der Fußball ist nach wie vor meine große Leidenschaft und mittlerweile bin ich auch begeisterter Anhänger der Basketballmannschaft des FC Bayern.

Darüber hinaus gilt mein Interesse der Medienlandschaft und es freut mich ganz besonders, dass ich als Beiratsvorsitzender von ProSiebenSat. 1 die Belange des Privatsenders vertreten und hinsichtlich ethischer sowie gesellschaftspolitischer Fragestellungen beraten darf. Wichtig ist mir hierbei, dass die Privatfernsehgruppe nicht hinter die Öffentlich-Rechtlichen zurückfällt. Zudem hat sich das Medienverhalten in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. An meinen Kindern und Enkelkindern kann ich sehen, welchen Stellenwert heute die Social Media-Kanäle einnehmen.

**«JEDEN TAG BIN ICH BIS ZU 12.000 SCHRITTE UNTERWEGS.»**

In die Kultur tauche ich als Stiftungsratsvorsitzender der Buchheim-Stiftung ein, die seit 1995 als Trägerin des Buchheim Museums in Bernried, das 2001 eröffnet worden ist, fungiert. Auch hier müssen Entscheidungen getroffen und entsprechend im Stiftungsrat vorbereitet werden.

Gerne erkläre ich – wenn mein Rat und meine Einschätzung gewünscht sind – die „Großwetterlage“, welche Rolle Deutschland in der Welt spielt. Der Ukraine-Krieg und der Terrorangriff der Hamas auf Israel fordern uns auf, Lösungen für internationale Problemlagen zu finden.

Trotz Ruhestands bin ich also noch gut beschäftigt. Aber da nur ein gesunder Geist in einem gesunden Körper sein kann, versuche ich pro Tag zwischen 7.000 und 12.000 Schritte zu laufen. Das hält mich fit. —

**DR. EDMUND STOIBER**

seit 2007 Ehrenvorsitzender der CSU  
von 1993 bis 2007 Bayerischer Ministerpräsident  
von 1999 bis 2007 Parteivorsitzender der CSU  
von 1988 bis 1993 Bayerischer Staatsminister des Innern  
von 1982 bis 1988 Leiter der Bayerischen Staatskanzlei  
von 1978 bis 1983 Generalsekretär der CSU

# SOCIAL MEDIA

## Aktuelles aus den sozialen Netzwerken



**Dr. Florian Herrmann, MdL**

Bayern ist Top-Standort für Film und Medien: In einer feierlichen Gala haben wir wieder den Bayerischen Filmpreis im berühmten Prinzregententheater in München verliehen. Hier lebt der Film. Unsere begehrten bayerischen Oscars zeigen die ganze Vielfalt der Branche. Das ist ein zentrales Event der deutschen Film- und Medienlandschaft. Als Film- und Medienminister war ich natürlich doppelt gerne dabei... »



**fwhfreising** • Folgen  
Gefällt 217 Mal  
fwhfreising Bayern ist Top-Standort für Film und Medien: In einer feierlichen Gala haben wir wieder den Bayerischen Filmpreis im... mehr  
19. Januar



**Markus Blume, MdL**

Digitale Revolution im Operationssaal! Roboterassistenzsysteme bringen beste Sicherheit und höchste Präzision in den OP – ein echter Mehrwert für die Patientinnen und Patienten. Der Forschungsverbund FORNeRo bündelt herausragendes Know-how in Robotik und KI und integriert Roboterassistenzsysteme noch besser in den klinischen Workflow... »



**markusblume75** • Folgen  
Klinikum Rechts der Isar der TU München  
Gefällt 96 Mal  
markusblume75 Digitale Revolution im Operationssaal! Roboterassistenzsysteme bringen beste Sicherheit und höchste Präzision in... mehr



**Judith Gerlach, MdL**

Unser Herz schlägt für Europa  
Die Menschen erwarten, dass ein geeintes Europa Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit aufzeigt...

Unsere Ideen für ein starkes Europa haben wir in unserer Resolution auf der Klausurtagung der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag in Kloster Banz verabschiedet... »



**Judith Gerlach, MdL**  
18.01.2024  
Unser schlägt für   
Die Menschen erwarten, dass ein geeintes Europa Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit aufzeigt, die die Errungenschaften der europäischen Einigung bewahren und die Grundwerte und Grundfreiheiten auch in einer sich... mehr



**Katrin Albsteiger** ist in Neu-Ulm  
- Unsere Stadt. • Folgen  
19. Jan.  
Das war mal eine Erfahrung! Ich durfte meine Mitarbeiter, die sich um die Neu-Ulmer Kanäle kümmern, begleiten. Bin also... Mehr anzeigen



**Katrin Albsteiger**

Das war mal eine Erfahrung! Ich durfte meine Mitarbeiter, die sich um die Neu-Ulmer Kanäle kümmern, begleiten. Bin also durch einen Gulli abgestiegen und habe miterlebt, wie man einen Abwasserkanal reinigt. Klingt jetzt nicht unbedingt nach der typischen Arbeit einer Oberbürgermeisterin, aber unsere Aufgaben als Stadt sind eben vielfältig. Und ich kann sicher bessere Entscheidungen treffen, wenn ich mir die Dinge vor Ort anschau und nicht nur theoretisch erklären lasse... »



**Martin Huber, MdL**

Wir unterstützen unsere Landwirte in Berlin! Die Belastungen der Ampel müssen vollständig zurückgenommen werden. Die Bäuerinnen und Bauern brauchen gute Bedingungen, um uns mit besten regionalen Lebensmitteln zu versorgen.

@csu @BayernsBauern »



**Martin Huber**  
@MartinHuberCSU  
Wir unterstützen unsere Landwirte in Berlin! Die Belastungen der Ampel müssen vollständig zurückgenommen werden. Die Bäuerinnen und Bauern brauchen gute Bedingungen, um uns mit besten regionalen Lebensmitteln zu versorgen.  
@csu @BayernsBauern



**Markus Ferber**  
@MarkusFerber  
Danke für einen sehr gelungenen Neujahrsempfang des @CSU Ortsverbands Pfersee und die nachträgliche Geburtstagsüberraschung mit einem Europa-Kuchen 🇪🇺 🍰  
Danke an Bernd Zitzelsberger und den gesamten Vorstand für die Organisation.



**Markus Ferber, MdEP**

Danke für einen sehr gelungenen Neujahrsempfang des @CSU Ortsverbands Pfersee und die nachträgliche Geburtstagsüberraschung mit einem Europa-Kuchen. Danke an Bernd Zitzelsberger und den gesamten Vorstand für die Organisation. »

## Keine Akzeptanz von Staat und Recht

**Autor:** Dr. Christoph Schiebel, Pfaffenhofen

Auf das Phänomen der Reichsbürger gibt es etliche Sichtweisen: Wer ein sozialwissenschaftliches Werk erwartet, wird bei den Juraprofessoren Christoph und Sophie Schönberger enttäuscht sein. Wer hingegen eine ausgiebige juristische Perspektive zu den Reichsbürgern sucht, wird sich über die Einordnung des spezifisch deutschen Phänomens in einen rechtshistorischen und verfassungsrechtlichen Kontext freuen.

Die Autoren räumen ein, dass der Status der Bundesrepublik Deutschland in den Wirren der Nachkriegszeit zumindest vage formuliert war. Die Rechtsprechung – darunter auch die des Bundesverfassungsgerichts – ging von einer Übergangsphase aus. Die genaue Beziehung zwischen Bundesrepublik und Deutschem Reich war umstritten. Deswegen diente eine Behelfskonstruktion, die von der Fortexistenz des Deutschen Reichs ausging, dem Zweck, die Legitimität der Bundesrepublik auch gegenüber der DDR abzusichern.

Reichsbürger rufen eigene Königreiche aus, erwerben Immobilien und versuchen insbesondere Justiz und Polizei mit Waffengewalt einzuschüchtern. Es gibt viele autarke Gruppierungen und Einzeltäter. In den vergangenen Jahren nahmen Gewalttaten durch Reichsbürger und die geplanten Terrorakte wie die der Gruppe um Prinz Reuß zu. So machen Reichsbürger in den Medien auf sich aufmerksam. Auch stellen die Reichsbürger die Souveränität und Legitimität der Bundesrepublik in Frage. Diese existiert für sie schlichtweg nicht.

Verschwörungstheorien über den Fortbestand des Deutschen Reichs sind integraler Bestandteil der Reichsideologie. Reichsbürger sollten allerdings nicht mit Verschwörungsgläubigen, Antisemiten und Rechts-extremisten gleichgesetzt werden, wenngleich ihnen Verfassungsfeindlichkeit innewohnt. So ist eine Diversifizierung verfassungsfeindlicher Phänomene zu beobachten, die eine einheitliche Antwort des Rechtsstaats erschwert und viele neue Grotten schafft. Zugegebenermaßen sei, so die Autoren, das Recht eine soziale Konstruktion, die in jedem Staat von der Akzeptanz durch die Bürger abhängt. Deshalb stellen die Reichsbürger eine besondere Problematik für die Rechtsstaatlichkeit dar.

Alles in allem handelt es sich bei diesem Buch um eine gelungene Bestandsaufnahme aktueller Phänomene innerhalb des Reichsbürgermilieus und auch darüber hinaus. —



**Christoph Schönberger /  
Sophie Schönberger:**

### Die Reichsbürger

**Ermächtigungsversuche einer  
gespenstischen Bewegung.**

München: C. H. Beck 2023,  
189 Seiten, 18,00 Euro.

## Wasser muss geschützt werden

**Autorin:** Silke Franke, Dipl. Geographin, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Bislang mussten wir uns in Deutschland über Wasser keine großen Gedanken machen. Doch das ändert sich. Uwe Ritter führt den Leser zu Schauplätzen in Deutschland, die bereits heute Probleme haben, sei es durch Sturzfluten oder durch Wassermangel. Wenn Wasser knapp wird, kommt es zu einem Verteilungskampf – und dieser wird laut Autor an Intensität zunehmen (S. 32). Er zeigt auf: Es ist nicht nur der Klimawandel, sondern auch unser Umgang mit dem Wasser, der zu dieser Situation führt.

Der Wirtschaftsjournalist geht auch hier eher investigativ vor. Bei seiner Recherche hat er zahlreiche Orte besucht, mit Verantwortlichen und Betroffenen, mit Aktivisten und Wissenschaftlern gesprochen, sich in Studien und Medienberichte eingearbeitet, um sich und dem Leser die Hintergründe und zugleich Wissen über die Wasserwirtschaft zu erschließen. Zwischendrin gibt es auch Kapitel, die explizit auf Grundlagenwissen eingehen (etwa „Woher kommt unser Wasser?“, „Wem gehört das Wasser?“).

Was sind das für Orte, die er besucht hat? Ein trauriger Hotspot ist das Ahr-tal, das im Juli 2021 von einer Sturzflut betroffen war. Er sucht aber auch Bürgermeister auf, die sich gerade fragen müssen, wie sie weiterhin die Trinkwasserversorgung sicherstellen sollen. Er schildert die Situation der Landwirte, die gleichzeitig sogar mehr Wasser für die Bewässerung beanspruchen. Er deckt geradezu akribisch auf, dass Mineralwasserkonzerne bislang ein gutes Geschäft mit dem Verkauf von Wasser gemacht haben, obwohl es doch ein Allgemeingut ist. Außerdem stellt der Autor den zusätzlichen Wasserbedarf heraus, den Unternehmensansiedlungen (wie Tesla in Brandenburg) neben den Arbeitsplätzen mit sich bringen. Viele Wasseransprüche also – doch der Grundwasserspiegel sinkt vielerorts. Ritter geht es dabei nicht darum, einen Akteur pauschal an den Pranger zu stellen, sondern um Transparenz. Dem Autor gelingt gleichzeitig klar zu machen, dass viele Entwicklungen im Kontext von jahrzehntelang gebilligten Praktiken und Leitbildern zu sehen und letztendlich auch uns selbst zuzuschreiben sind. Es geht nicht nur um lokale Probleme, sondern um systemische Eingriffe und ein systemisches Wasserdefizit. Im letzten Abschnitt benennt Ritter Handlungsfelder. Ob nun Meerwasserentsalzung tatsächlich eine nachhaltige Lösung ist, mag dahingestellt werden, aber nach seinen Ausführungen im Buch wird deutlich, dass es, wie von ihm vorgeschlagen, eine „Wasserschutzagenda“ mit einem Paradigmenwechsel braucht. —



**Uwe Ritter:**

### Zwischen Dürre und Flut

**Deutschland vor dem Wassernot-  
stand: Was jetzt passieren muss.**

München: Penguin Verlag 2023,  
304 Seiten, 20,00 Euro.

# VOR 22 JAHREN: FRÜHSTÜCK IN WOLFRATSHAUSEN

**Autor:** Andreas von Delhaes-Guenther  
Hanns-Seidel-Stiftung, München

64

„Liebe geht durch den Magen“, so heißt ein Sprichwort. Aber es war wohl keine Liebe, sondern Pragmatismus, der am 11. Januar 2002 dazu führte, dass Angela Merkel beim berühmten „Wolfratshausener Frühstück“ Edmund Stoiber die Kanzlerkandidatur der CDU/CSU antrug.

Merkel hatte seit Sommer 2001 selbst mit einer Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl im September 2002 geliebäugelt – war sie doch auf dem Parteitag in Essen 2000 mit 95,9 Prozent zur neuen CDU-Vorsitzenden gewählt worden. Doch der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Edmund Stoiber war durch jahrelange Arbeit als CSU-Generalsekretär, Innenminister und Ministerpräsident auch eng in der CDU verankert, hatte Regierungserfahrung, war Redner auf vielen CDU-Landesparteitagen, seit Jahren in Talkshows präsent und lag in allen Umfragen vorn. Zudem war die CDU nach der Parteispendenaffäre noch belastet, auch das sprach für den Bayern.

In einem Interview erklärte Merkel dennoch am 6. Januar 2002 erstmals öffentlich: „Ich bin bereit zu einer Kanzlerkandidatur.“ Stoiber zog ebenfalls erstmals nach: „Wenn es

von beiden Parteien gewünscht wird, bin ich bereit, mich in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen zu lassen.“ Er hatte sich bis dahin zurückgehalten. Da „die Kanzlerkandidatur zumindest in normalen Zeiten das natürliche Vorrecht des oder der CDU-Vorsitzenden ist“, schrieb Stoiber später in seinem Buch „Weil die Welt sich ändert“. Zugetraut hat er es sich aber schon, hinzu kam die schon damals ideologische rot-grüne Politik. Die Arbeitslosigkeit war sehr hoch, die Wirtschaft rutschte ab. Pläne einer doppelten Staatsbürgerschaft lehnte Stoiber ab. „Deutschland braucht einen Konkursverwalter, weil Sie den Konkurs eingeleitet haben – das habe ich zu Gerhard Schröder gesagt“, erinnert sich Stoiber auf politicus-Nachfrage.

Seine Frau Karin sei mit der Kandidatur einverstanden gewesen, obwohl es mit drei – wenn auch erwachsenen – Kindern „keine einfache Entscheidung“ war. Auch sie würden stärker in den Fokus der Presse rücken. „Als kanzlerfähig zu gelten war das eine, tatsächlich nominiert zu werden und zu kandidieren noch einmal etwas ganz anderes“, betonte Stoiber später.



65

Die Teilnehmer des Frühstücks, das Geschichte schrieb (v. l.): Karin und Edmund Stoiber sowie Angela Merkel, hier bei einer Wahlkampfveranstaltung in Frankfurt am Main am 31. Januar 2002.

Hinter den Kulissen rumorte es daraufhin gewaltig und es wurde klar: Stoiber war der Favorit der meisten CDU-Granden, darunter die wichtigen Ministerpräsidenten Erwin Teufel, Roland Koch und Bernhard Vogel. Kurzfristig entschied sich Merkel, doch Stoiber den Vortritt zu lassen.

## Frühstück bei Stoibers

Schon am 10. Januar 2002 klärten das Stoiber und Merkel in zwei Telefonaten. Seiner Frau sagt Stoiber erst am Abend des mit Empfängen gefüllten Tages: „Übrigens, morgen kommt die Merkel zu uns zum Frühstück.“ Ihre Antwort: „Das hättest du mir auch früher sagen können.“ Um Öffentlichkeit zu vermeiden, hatte er ein Treffen in seinem Haus in Wolfratshausen vorgeschlagen. Stoiber erinnerte sich später an das „sehr harmonische“ Frühstück mit Merkel aus „Semmeln, Butter, Marmelade, Honig sowie etwas Käse und Wurst“. Die SZ schrieb später dazu: „Die Kanzlerkandidatur serviert der Gast.“ Angela Merkel gab offen zu, dass sie die Kandidatur gerne übernommen hätte, weil sie glaubte, dass „ihr Politikstil und ihre Biografie der Politik neue Facetten geben“ könnten, berichtete Stoiber.

**«HINTER DEN KULISSEN  
RUMORTE ES GEWALTIG  
UND ES WURDE KLAR:  
STOIBER WAR DER  
FAVORIT DER MEISTEN  
CDU-GRANDEN.»**

## «ICH WAR, WIE MIR EINMAL GESAGT WURDE, EIN ERFOLGREICHER GESCHEITERTER KANZLERKANDIDAT.»

„Aber für die Einheit der Union sei es besser, wenn ich das mache.“ Merkel habe damit „Souveränität, Realitätssinn und Solidarität“ bewiesen.

66

Der zweite CSU-Kanzlerkandidat nach Franz Josef Strauß betrat die Bühne und tourte im Wahlkampf durch ganz Deutschland. Am Wahlabend gegen 18.45 Uhr signalisierte die ARD zum wiederholten Mal einen deutlichen Vorsprung der Union. Und Stoiber rief in die jubelnde Unions-Menge: „Eines steht jetzt schon fest – die CDU, die CSU, die Union – wir haben die Wahl gewonnen! Die große Partei der Mitte ist wieder da.“ Er meinte den Zugewinn, aber natürlich wurde ihm voreilige Siegesgewissheit unterstellt.

Am Ende siegte doch Kanzler Schröder dank Elbeflut und Warnungen vor noch gar nicht geforderter deutscher Beteiligung am möglichen Irakkrieg mit 6.027 Stimmen Vorsprung. Obwohl Stoiber den 20-jährigen Abwärtstrend der Union stoppte und 3,4 Prozentpunkte hinzugewann (Endergebnis: 38,5 Prozent). Sogar im Osten war Stoiber besser als Kohl 1998. Die CSU in Bayern gewann eine Million Stimmen hinzu und holte 58,6 Prozent. Doch eine Koalition mit der FDP scheiterte nicht an 6.000, sondern an etwa 600.000 Stimmen, da diese nur 7,4 Prozent holte – die Grünen jedoch 8,6 Prozent (Linke: 2 Direktmandate). Stoiber erinnerte sich später: „Ich war, wie mir einmal gesagt wurde, ein erfolgreicher gescheiterter Kanzlerkandidat.“

Anlässlich Stoibers 70. Geburtstag betonte Merkel 2011: „Lieber Edmund, ich glaube, wir haben dem deutschen

Frühstück mit unserem Frühstück in Wolfratshausen wieder zu mehr Achtung und Anerkennung verholpen – nicht dass das irgendwie in Vergessenheit gerät. Es war übrigens super, liebe Karin.“ Stoibers Bilanz: „Ich habe in meinem Leben immer nur nach vorn geschaut. Ich war Kanzlerkandidat und habe das Ergebnis auf 38,5 Prozent gesteigert. Das ist es doch, was bleibt. Und darauf blicke ich mit Dankbarkeit zurück.“ Er blieb bayerischer Ministerpräsident und holte 2003 die Zweidrittel-Mehrheit bei der Landtagswahl. Merkel blieb CDU-Chefin, übernahm den Fraktionsvorsitz im Bundestag von Friedrich Merz und siegte 2005 mit 35,2 Prozent als Kanzlerkandidatin. „Für ihre weitere Laufbahn war dieses Frühstück außerordentlich förderlich“, betonte Stoiber. 16 Jahre nahm Merkel dann anderen die Butter von der Frühstückssemmel. Der Rest ist Geschichte. —

Quelle: Edmund Stoiber, Weil die Welt sich ändert – Politik aus Leidenschaft. Erfahrungen und Perspektiven, München 2012.



67

Abbildung oben:  
Gefragter Kandidat:  
Edmund Stoiber im  
Bundestagswahlkampf  
2002 in Schwerin

## Kompetenz für Deutschland.



Abbildung rechts:  
Wahlplakat von Edmund  
Stoiber aus dem  
Wahlkampf 2002

# DIE ZUKUNFT DER ALTERS- VORSORGE IN DEUTSCHLAND

**Autorinnen:** Prof. Dr. Diane Robers und Dr. Susanne Schmid  
Hanns-Seidel-Stiftung, München

**Die Hanns-Seidel-Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, gemeinsam mit Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft Handlungsoptionen für eine leistungsgerechte und demographiefeste Altersvorsorge zu erarbeiten.**

Gesetzliche, private und betriebliche Altersvorsorge stehen angesichts des demographischen Wandels und zukünftiger sozialer und wirtschaftlicher Herausforderungen am Standort Deutschland am Scheideweg. Vor diesem Hintergrund organisierte die Akademie für Politik und Zeitgeschehen im Juli 2023 eine hybride Fachtagung zur „Zukunft der Altersvorsorge“. Die Experten kamen zu dem Schluss, dass man keine der vier Stellschrauben der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), nämlich Rentenniveau, Beitragssatz, Renteneintrittsalter und Steuerzuschuss, bei Reformüberlegungen ausschließen darf. Um nach der Regelaltersgrenze weiterzuarbeiten, benötigt es beispielsweise steuerliche Anreize.

Neben möglicher Rentenreformen wurden auch steuerliche Entlastungen und die nötige Ausschöpfung des gesamten Potenzials der zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen diskutiert. Einig waren sich die Experten darin, dass es zeitnah einer Reform der GRV bedarf und dass die private und betriebliche Altersvorsorge weiter gestärkt werden muss. Um konkrete Konzepte und Reformvorschläge zu erarbeiten, wurde ein „Runder Tisch Altersvorsorge“ etabliert.

Der erste Runde Tisch widmete sich im Dezember 2023 dem Thema „Die Basis verbreitern“. Dies ist nun besonders dringlich, da die leistungsstarken Babyboomer-Jahrgänge im Lauf der nächsten Jahre in den Ruhestand gehen. Gleichzeitig schrumpft die Zahl der künftigen Beitragszahlenden. Um die damit einhergehenden Herausforderungen zu bewältigen, bedarf es einer nachhaltigen Steigerung der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit durch Bekämpfung der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Erwerbsbeteiligung verschiedener Gruppierungen sowie Zuwanderung in den Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger Vermeidung von Arbeitskräfte-Abwanderung und (Weiter-)Bildung, so die Expertenmeinungen. Der zweite Runde Tisch fokussiert „Generationengerechtigkeit schaffen“, der dritte „Eigenverantwortung stärken“.

An der Erarbeitung von Handlungsoptionen beteiligen sich unter anderem die Abgeordneten Dr. Volker Ullrich, Stephan Stracke und Christian Doleschal sowie die Rentenexperten Prof. Dr. Börsch-Supan (MEA), Prof. Dr. Ulrich Walwei (IAB), Prof. Dr. Jochen Ruß (ifa), Dr. Reinhold Thiede (DRV), Michael Jäger (Bund der Steuerzahler Bayern), Andreas Kolb (VKB) sowie Prof. Dr. Diane Robers und Dr. Susanne Schmid von der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der HSS. —



Teilnehmende der hybriden  
Fachtagung „Zukunft der  
Altersvorsorge“ im Juli 2023



Beim ersten Runden Tisch Altersvorsorge anwesend waren u. a. (v.l.n.r.): Andreas Kolb, Heribert Heinrich, Timo Greger, Michael Jäger, MdB Dr. Volker Ullrich, Prof. Dr. Diane Robers, Valentina Dahms, Dr. Gerhard Hirscher, Julian Wonka und Dr. Susanne Schmid

# IMPRESSUM

## Herausgeber:

©2024, **Hanns-Seidel-Stiftung e.V.**, München  
Lazarettstraße 33, 80636 München  
Tel. +49 (0)89 1258-0  
politicus@hss.de  
www.hss.de

**Vorsitzender:** Markus Ferber, MdEP

**Generalsekretär:** Oliver Jörg

**Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit:** Susanne Hornberger (V.i.S.d.P.)

## Redaktion:

Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin)  
Andreas v. Delhaes-Guenther (Stv. Redaktionsleiter)  
Susanne Berke (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin)

**Art Director:** Julia Ehrenreich

**Layout und Satz:** Tapetenwechsel Brigitte Günther

**Druck:** Joh. Walch GmbH & Co. KG, Augsburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten.  
Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind.

Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

**Hinweis zum Datenschutz:** Sollten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen von Publikationsbestellungen verarbeitet werden, stehen Ihnen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch Ihrer bei uns ab gespeicherten personenbezogenen Daten zu. Dafür wenden Sie sich bitte an Datenschutz-Compliance (datenschutz@hss.de) oder an den Datenschutzbeauftragten (dsb@hss.de). Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter <http://www.hss.de/datenschutz/>.

Die Zeitschrift politicus erscheint als dreimonatiges Nummernheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich. Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet.

Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

**Titelbild:** AdobeStock/ fotomek

**Fotos:** AdobeStock/ DarweIshots, AdobeStock/ doganmesut, AdobeStock/ kazy, AdobeStock/ Wiktorija Matynia, AdobeStock/ mehdi33300, AdobeStock/ ravenka, Adobe Stock/Feydzhet Shabanov, Adobe Stock/Mathias Weil, Adobe Stock/ Jonas Weinitschke, Bayerisches Innenministerium, Bertelsmann Stiftung/ Jan Voth, Sebastian Buff, CSU-Landesleitung/ Eleana Hegerich, Deutscher Bundeswehrverband, Christian Forstner, @Glasow, HSS, HSS-ACSP, HSS-ACSP/ Faces by Frank, Imago/ Future Image, Imago/ PHOTOMAX, Imago/ Sepp Spiegl, Imago/ UPI Photo, Irmak Kalac, Tobias Koch, Cornel Putan, Dr. Susanne Schmid, Siegfried Thiel, Universität Augsburg, Caterina Woerner

Gedruckt auf: enviro®polar. Ausgezeichnet mit:

Blauer Engel, Cradle to Cradle Certified® Silver; FSC® Recycled

ISSN (Print) 2940-2298 ISSN (Online) 2940-6013 ZKN 35998

# Wollen Sie mehr...

...über Politik und Gesellschaft wissen?

Dann bestellen Sie unsere Einzelhefte oder gleich ein kostenfreies Abonnement unserer Zeitschrift „politicus“ über [politicus@hss.de](mailto:politicus@hss.de)

Jetzt GRATIS bestellen



# #politicus

Wir bieten Hintergrundwissen in Form von Analysen, Interviews und Reportagen zu Themen rund um Politik und Gesellschaft. Besuchen Sie uns auf unserer Website und unseren Social-Media-Kanälen. Dort sind wir jederzeit erreichbar. Unter [www.hss.de/publikationen/](http://www.hss.de/publikationen/) können Sie die vorliegende Ausgabe des politicus kostenfrei bestellen.



Hanns-Seidel-Stiftung  
Lazarettstr. 33, 80636 München

info@hss.de  
T +49 (0) 89 1258-0

hss.de  
[instagram.com/stiftungfuerdemokratie/](https://www.instagram.com/stiftungfuerdemokratie/)  
[facebook.com/HannsSeidelStiftung](https://www.facebook.com/HannsSeidelStiftung)  
[twitter.com/HSSde](https://twitter.com/HSSde)  
[youtube.com/HannsSeidelStiftung](https://www.youtube.com/HannsSeidelStiftung)  
linkedin: Hanns-Seidel-Stiftung

ZKN 35998  
ISSN (Print) 2940-2298  
ISSN (Online) 2940-6013